



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1905

590 (19.12.1905) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-122190](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-122190)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Belegstücke und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redaktion: Dr. Paul Harmö, Würzburgerstraße 15.

Telegramm-Adresse
„Journal Mannheim“

Telephon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1440

Drucker- u. Bureau (An-

nahme-Druckarbeiten) 943

Redaktion 577

Expedition 213

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Einsendungen 20 Bgg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 20. 4. 1905 pro Quartal.
Einsel-Kummern 5 Bgg.

Preise:
Die Colonat-Zeile . . . 20 Bgg.
Kaufmännische Anzeigen . . . 25
Die Restante-Zeile . . . 60

Nr. 190

Dienstag, 19. Dezember 1905.

(Abendblatt.)

Badischer Landtag.

Ch. Karlsruhe, 19. Dez.

2. Kammer, 4. Sitzung.

Präsident Gönnert eröffnet 10 Uhr 20 die Sitzung. Am Regierungstisch Finanzminister Beder und Ministerialrat Nicolai.

Präsident Gönnert widmet den verstorbenen Abg. Bürgermeister Hauser (natl.) und Landgerichtsrat Scherer (natl.) folgenden Nachruf:

Hochgeehrte Herren! Ein wahrhaft tragisches Verhängnis ist es, von welchem zwei Männer betroffen wurden, welche bei der Wahl der Abgeordneten zur 2. Kammer als Mitglieder dieses Hauses berufen worden sind. Der eine derselben ist dem Leben entrissen worden, bevor der Landtag eingetreten war, der andere ist gestern unter zahlreicher Teilnahme von Kameradschaften zu Grabe getragen worden. Es ist dies der Abgeordnete Karl Hauser, Apotheker und Bürgermeister der Stadt Meßkirch. Derselbe war geboren am 29. Mai 1843 und hat daher ein Alter von nur 62½ Jahren erreicht. Er hat den 2. Wahlbezirk Meßkirch-Stodach seit dem Jahre 1901 vertreten. An den Sitzungen der Kammer konnte er sich nicht beteiligen, da er schon vor Eröffnung des Landtages von einer schweren Krankheit befallen war, welcher er nun bedauerlicher Weise erlegen ist. Der Verstorbene ist den meisten Kammermitgliedern noch persönlich bekannt gewesen. Er war ein Mann von gediegenen Kenntnissen und reicher Erfahrung und ein arbeitsfreudiges Mitglied des Hauses. In seiner Heimat hat er das Amt des Gemeindevorstandes viele Jahre hindurch gewissenhaft und erfolgreich verwaltet und er hat sich dort, wie im ganzen Oberlande, hohen Ansehens und allgemeiner Wertschätzung erfreut. Auch in diesem Hause war er wegen seines konstanten und hochmoralischen Wesens bei allen Kollegen beliebt und es wird ihm, wie in seiner Heimat, so auch hier ein getreues Gedächtnis immerdar bewahrt bleiben.

Wir wollen nun aber auch noch des von mir zuerst erwähnten Mannes gedenken. Es ist der Landgerichtsrat Raun und Scherer von hier. Derselbe war als Abg. des neuen Wahlkreises Lörrach-Land erwählt. Aber noch vor der Einberufung des Landtages ist er am 6. November d. J., obgleich er anscheinend einer dauerhaften Gesundheit sich erfreut hatte, plötzlich aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene war durch sein gewissenhaftes und erfolgreiches dienstliches Wirken im ganzen Lande bekannt geworden und hatte sich auch am politischen Leben in hervorragender Weise beteiligt, so daß sein schmelzendes Hinscheiden überall großes Aufsehen erregte. Er war ein Mann von gediegener Berufsbildung und ausgezeichneten Eigenschaften des Geistes und Charakters. Auch ihm wird überdies, wo er bekannt war, ein ehrenvolles Gedächtnis dauernd bewahrt werden. Ich bitte Sie zum Zeichen der Ehrung der verstorbenen Abgeordneten sich von Ihren Sitzen zu erheben." (Geschloß.)

Eingelaufen sind außer einer großen Anzahl von Petitionen, die den verschiedenen Kommissionen überwiesen werden, von der großherzoglichen Regierung eine Gesetzesvorlage betr. die Dienstaufsicht über die Kaufmannsgerichte und eine

Gesetzesvorlage über die Vereinigung von Klein-Gemünd mit der Stadtgemeinde Redargemünd.

Finanzminister Beder legt alsdann das Budget für die Budgetperiode 1906/1907 vor.

Schließlich überweist die Kammer die bisher eingelaufenen Gesetzesvorlagen, Gesetzesentwürfe und Anträge den einzelnen Kommissionen.

Präsident Gönnert teilt mit, daß die großherzogliche Regierung sich bereit erklärt habe, die Interpellationen betr. Arbeiterkammern und Schiffsahrtsabgaben an noch zu bestimmenden Tagen zu beantworten.

Schluss 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung heute Nachmittags 5 Uhr: Bildung der definitiven Kommissionen.

Der badische Staatsvoranschlag für die Jahre 1906/1907.

Aus dem bei Vorlage des Staatsvoranschlags für die Jahre 1906 und 1907 gehaltenen

Vortrag des Finanzministers Beder

sei nachstehend im Auszuge das Wesentliche wiedergegeben: Bevor der Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rat Beder, auf eine nähere Darlegung des Staatsvoranschlags für die kommende Budgetperiode einging, machte er einige Bemerkungen über die

Ergebnisse des Staatshaushalts der letzten Jahre voraus.

Mit der zweiten Hälfte des Jahres 1900 begann die wirtschaftliche Konjunktur, die 1896 eingeleitet und 1900 ihren Höhepunkt erreicht hatte, einer rückläufigen Bewegung Platz zu machen. In der Budgetperiode 1900/01 blieb zwar nach den Rechnungsergebnissen des ordentlichen Budgets das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben noch aufrecht erhalten, aber zur Bestreitung des ordentlichen Etats in der ungewöhnlichen Höhe von 14,2 Millionen Mark reichten die Heberschüsse des ordentlichen Etats mit 10,6 Millionen Mark nicht aus, und es mußte der Heberschub mit 3,6 Millionen Mark den im Betriebsfonds angesammelten Heberschüssen früherer Jahre entnommen werden. Mit wesentlich geringeren Heberschüssen schloß die Rechnungsperiode 1902/03 ab. Zwar wurde der budgetmäßige Heberschub des ordentlichen Etats im Betrage von 1,6 Millionen Mark durch die vermögensmäßigen Heberschüsse nicht nur völlig ausgeglichen, sondern es konnte auch aus den letzteren noch die Summe von 4,3 Millionen Mark zur Deckung des außerordentlichen Etats von 11,4 Millionen Mark verwendet werden. Es blieb aber von dem außerordentlichen Aufwande der ungewöhnlich hohe Betrag von 7,1 Millionen Mark ungedeckt, der dem insofern der schon in der vorigen Budgetperiode um 3,6 Millionen Mark verminderte Betriebsfonds weiter geschmälert wurde. Er sank von 21,7 Millionen Mark im Jahre 1899, seinem höchsten Stand in den letzten zehn Jahren, auf 18 Millionen Mark am Ende der Budgetperiode 1900/01 und auf 11 Millionen Mark am Schluss der Budgetperiode 1902/03. Das Jahr 1903 bezeugt den Tiefstand unserer finanziellen Verhältnisse. Wie aber zugleich die Anzeichen einer sich ankündigenden Besserung deutlich erkennen. Die direkten Staatssteuern, deren Wachstum schon seit dem Jahre 1900 einen von Jahr zu Jahr sich steigenden Rückgang zeigte, lieferten 1903 ein das Erträgnis des Vorjahres nur um 250 000 Mark überbühendes Ergebnis, während das Mehrerträgnis im Jahre 1900: 1,1 Millionen

Mark gegenüber dem Vorjahre betragen hatte. Trotzdem war 1903 der Beginn einer Besserung der allgemeinen Verhältnisse nicht zu verkennen. Sie trat bei den indirecten Steuern und bei der Verwaltung der Staatsbahnen zugute. Die geringen vermögensmäßigen Heberschüsse des ordentlichen Etats des Jahres 1903 reichten zur Deckung des außerordentlichen Aufwandes mit 4,6 Millionen Mark entfernt nicht aus. Der Betriebsfonds erfuhr eine weitere Einziehung von 3 Millionen Mark, so daß er auf 1. Januar 1904 nur noch 11 Millionen Mark betrug, den unangreifbaren Bestand von 9,5 Millionen Mark also nur noch um 1,5 Millionen Mark überstieg.

Der Abschluß der Staatsrechnung von 1904

bietet, wenn man lediglich auf die Abblatzziffern sieht, ein anscheinend äußerst günstiges Bild. Die Rechnung schloß gegenüber dem Budget günstiger ab um 7,9 Millionen Mark. Dieser hohe Einnahmeüberschub rührt zum weitaus größten Teil (nähzu 5 Millionen Mark) von einem besseren Abrechnungsergebnis mit dem Reich her, in dem aber nicht eine effektive Erleichterung unserer finanziellen Beziehungen zum Reich um diesen Betrag ihren Ausdruck findet, das vielmehr in erster Linie auf die mit den Verhandlungen im Finanzwesen des Reiches infolge des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1904 zusammenhängende Ueberleitung der früheren auf die jetzigen Abrechnungsverhältnisse mit dem Reich zurückzuführen ist, wobei sich eine einmalige, fünfzig nicht zu übersehende Mehreinnahme an Ueberweisungsfeuern von etwa 3,2 Millionen Mark vorwiegend deshalb ergab, weil und im Uebergangsjahr 1904 an Ueberweisungen zwei hohe Vierteljahrsraten nach dem früheren System zugute kamen, während dem gleichen System entsprechende hohe Quartalarbeiträge nur für 3 Monate zu verrechnen waren. Dazu kam ein weiterer einmaliger Betrag von etwa 1,5 Millionen Mark dadurch, daß im Rechnungsjahr 1904 die Buchung der Ueberweisungssteuern bei der Landeshauptkasse in die wünschenswerte geteilte Ueberweisung gebracht wurde mit dem Befahren bei der Buchung der Quartalarbeiträge. Ein wirkliche Veräußerung der verfügbaren Betriebsmittel für die Landesverwaltung konnten aber jene dem Betriebsfonds zugeflossenen 5 Millionen Mark aus dem Grund nicht bilden, weil sie in der Hauptsache im unangreifbaren (eisernen) Teil dieses Fonds, auf dessen Ungänglichkeit schon wiederholt hingewiesen wurde, festgehalten wurden. Eine erhebliche Verstärkung dieses Fonds kann nicht mehr länger verschoben werden. Nach Abzug dieser 5 Millionen Mark, ergibt sich ein wirklicher Einnahmeüberschub von 4,2 Millionen Mark, also gegenüber dem Ueberseh des unglücklichen Jahres 1903 mit 1,6 Millionen Mark ein Mehr von 2,6 Millionen Mark und gegenüber dem Ueberseh des Jahres 1902 mit 2,7 Millionen Mark ein Mehr von 1,6 Millionen Mark.

Der Rettungswand im außerordentlichen Etat erreichte 1904 die Höhe von 5,6 Millionen Mark. Durch die vermögensmäßigen Heberschüsse des ordentlichen Etats mit 9,2 Millionen Mark konnte nicht nur diese Summe gedeckt, sondern noch der Betrag von 3,6 Millionen Mark zur Veräußerung des Betriebsfonds verwendet werden, dessen Stand dadurch auf Ende 1904 den Betrag von 14,6 Millionen Mark erreichte. Besonders erfreulich am Abschluß des Jahres 1904 ist die Wahrnehmung, daß das Wachstum der Staatsausgaben wieder eine steigende Tendenz erkennen läßt, und wenn auch die bei den direkten Steuern eingetretene Steigerung von 2,3 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre zum größten Teil (2,3 Millionen Mark) der durch das Gesetz vom 29. Juni 1904 beschlossenen Erhöhung der

Tagesneuigkeiten.

— Ein Denkmal für den verewigten Präsidenten Paul Krüger. Ein Auftrag, wie er sonst nur wohlverehelichten Künstlern zuteil wird, fiel dem Lothringer Bildhauer Albert Comer zu, einem kaum neunzehnjährigen jungen Mann aus Saargemünd. Sein Vater ist dort Polizeikommissar in einer Familienbesitz. Es handelt sich um eine Bildnisbüste „Opa Pauls“, die, in weißem Marmor und in Doppellebensgröße ausgeführt, im nächsten Mai am Grabe des Präsidenten in Südafrika errichtet werden soll. Der bereits fertiggestellte Entwurf zeigt den Ort in der großen Staatsstadt, die er so selten trug, mit den ihm verliehenen hohen Orden fremder Fürsten. Es gelang dem Künstler, der der neuern Artung realistischen Schule angehört, den Verächtlungen mit der breiten Stirn und den tiefen Furchen auch den ruhigen, fast weisenden Blick mit dem durchdringenden Ernst und der unbegrenzten Festigkeit des unglücklichen Staatsmannes auf das treue wiederzugeben. Das Werk ist voll auf gelungen, schlicht und wahr, ohne alle „Gefe“. Albert Comer ist ein Schüler von Albert Wachs, doch an der Kunstgewerbeschule in Straßburg. Den für einen so jugendlichen Künstler außergewöhnlich ehrenvollen Auftrag verdankt er der Vermittlung eines Saargemünders, der in Strassburg wohnt und die Familie des Präsidenten auf seinen hochbegabten Sandmann aufmerksam machte.

— Kohlenkisten für Offiziere. Eine interessante Anekdote ist, wie man aus London schreibt, jetzt in der englischen Armee zur Einführung gelangt. Die Offiziere im hängigen Lager von Aldershot bekommen fortan regelrechten Unterricht in der Kohlenkunst. Die Maßnahme verfolgt, wie man versichert, in erster Linie den Zweck, jeden Offizier imstand zu setzen, die Verpflegung der ihm untergebenen Mannschaften sachverständiger zu überwachen, als dies bisher der Fall war. Aber sie wird ohne Zweifel auch für den Offizier selbst sehr nützlich und praktisch sein und ihm ermöglichen, in schlechten Quartieren mit eigener Hand seine Kohle zuzubereiten. Fragt sich nur — was die Offiziersfrauen zu dieser bemerken

Sachkenntnis ihrer Männer sagen werden. Vielleicht verwendet diese oder jene von ihnen sie dazu, um den Gatten am häuslichen Herd anzustellen, wenn das Mädchen gerade einmal streift.

— Die Herren Quintaner. Dem römischen Vorkonzendenten des „N. Z.“ zufolge regt es sich nach Jahren wieder einmal unter den italienischen „N. Z.“-Schülern, und zwar aus sehr loblichen und unentwärtigen Gründen. In den unteren Gymnasialklassen zu Portofino schloß es an Vorterritorial, auch ist das Gymnasium ohne Direktor. Daraufhin trat die gesamte Schülerschaft in den Streik und sandte folgenden Telegramm an den Unterrichtsminister: „Mandalisiert über die Unanständigkeit (1), daß zwei Monate nach Schulbeginn noch immer kein Titularprofessor für uns vorhanden ist, erheben wir Schüler der Quinta energisch Protest und verlassen in Masse die Schule.“ Wir wissen leider nicht, zu welchen Maßregeln der Präfect gegriffen hat, um die lieben Kleinen — die hier selbst im garstigen Alter den wichtigen Titel „Studenti“ führen — zur Räson zu bringen.

— Der Markt von Goarlosen von Berühmtheiten. Wer etwa Goarlosen berühmter Persönlichkeiten sammelt, wird es zu würdigen wissen, daß in Paris jetzt ein Markt eröffnet ist, wo man große und kleine Goarlosen fürstlicher, militärischer und weltlicher Persönlichkeiten beschaffen und kaufen kann. In der Höhe der Preise sieht Nelson an erster Stelle, im Juni wurden etwa zwei Dutzend seiner Haare für 2087 M. verkauft, eine kleinere Lode machte 1506 M. Dagegen ist die Wolltaste nach Wellingtons Haaren nicht hoch; eine Haarlocke von ihm wird nur auf 30 M. geschätzt. Napoleons Haar hat es schon auf 410 M. gebracht, in anderen Rollen jedoch nur auf 20 M., während eine Lode von Lord Byron einmal zu 300 M. erstanden wurde.

— „Motorstiefel“. Man berichtet aus Paris: Die „Stiefel-mellenstiefel“ würden nicht mehr auf das Märchenreich in ihrem Gebrauch beschränkt bleiben, sondern mit den leibbaren Luftschiffen und Unterseebooten die einzig menschenswürdigen Gefährten der Zukunft sein, wenn die Hoffnungen, die der Erfinder Constantin auf seine „Motorstiefel“ setzt, alle in Erfüllung gehen sollten. Sie sind das Reuete auf dem Gebiet des Automobilports. Es handelt sich um

eine Art kleiner Motorwagen, die an hochschäftigen Stiefeln befestigt werden. Jeder wird mit einem Motor von 1/4 Pferdekraften getrieben. Die sind 15 Zoll lang und entsprechend breit. Die vier Räder jedes Stiefels haben einen Durchmesser von je 8 Zoll und sind mit Radreifen versehen. Die Akkumulatoren werden in einem Gürtel getragen, und sind durch seine Drähte mit den Motoren verbunden. Die Stiefel wiegen etwa 75 Pfund und kosten gegen 400 M.; das Gewicht ist jedoch nebensächlich, da die Füße nie gehoben werden. Die Geschwindigkeit kann von 9 auf 64 Kilometer gesteigert werden. Constantin hat schon mehrere hundert Kilometer auf diesen modernen „Stiefelmellenstiefeln“ zurückgelegt und will damit nach St. Petersburg gehen“ . . .

— Aus dem Simplicissimus. Zur Kassenberedung in Familie und Stall. „Meine Herren! Zunächst, ich habe das weiße, deutsche, Bibbener Edelweiss geühtet. Und das erfüllt mich mit Stolz. Aber wie habe ich das gemacht? Meine Herren! Weil ich heis den Grundloß hoch hielt. „Im Hause hat der Vetter, im Stalle hat der Veterinar das Wort.“ Meine Herren, so gühtet man das Bibbener Edelweiss.“ — Legitim. „Schah, se, doch nicht so langweilig und leg endlich die Zeitung fort.“ — „Aber, liebes Kind, wenn wir uns immer so lebhaft unterhalten, glauben die Leute, Du bist mein Verhältnis.“ — Verbesserung. „Es ist mir endlich geühtet, Ihre Frau auf Abwegen zu erwischen. Sie können nunmehr ungehämt die Ueberscheidung einleiten.“ — „Schöndung, loa Red! Jetzt kommt ja erst a Harmonie nei in unser Eheleben, wenn sie mir iz mehr vorersehen lann!“ — Poetie und Prosa. „Görh Du die Lerche, Enkel! Die wonsderbare Sängerin, wo mag sie wohl säwchen?“ — „Ja, meine, gerade über uns, nach dem zu schließen, was mir gerade auf die Nase fiel.“

— Der fromme Bauer. Generalsuperintendent L. liebt es — so erzählt man — gelegentlich der Kirchensitzungen nach dem Gottesdienste in der Kirche umherzugehen und mit den älteren Leuten Gespräche anzuknüpfen. Stand da mitten im Gange ein biederer Bauerlein, das der Ansprache des Generalsuperintendenten über die Wichtigkeit des Gebets“ andächtig gelauscht hatte. Zu

Einkommen- und Kapitalrentensteuer um 20 Prozent zuzuschreiben ist, so bleibt doch noch ein Mehrbetrag von 550 000 Mark, gegenüber dem Vorjahre mit nur 250 000 Mark. Nach deutlicher tritt die Steigerung der allgemeinen Wirtschaftslage in den Erträgen der indirekten Steuern gut zu, die 1904 ein Mehrertrag von rund 670 000 Mark geliefert haben, während es für 1903 nur auf 100 000 Mark belief. Immerhin verdient aber die Tatsache ernste Beachtung, daß wir mit so starken Steigerungen, wie sie in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre zu beobachten waren, nicht mehr mit Sicherheit rechnen dürfen. In der Hauptsache ist es nur die Verkehrssteuer, der das günstige Ergebnis an indirekten Steuern im Jahre 1904 zu verdanken ist. Eine unausgesehene steigende Tendenz zeigen die Zugs- und Vollzeigefälle. Sie sind von 5,7 Millionen Mark im Jahre 1899 auf 7,7 Millionen Mark im Jahre 1904 angewachsen.

Die finanzielle Lage.

mit der der Präsident des Finanzministeriums bei Aufstellung des Staatshaushalts für 1906/07 zu rechnen hatte, zeigt zwar eine kleine Besserung, im wesentlichen aber doch dieselbe Spannung, wie vor zwei Jahren. Auch in der nächsten Wirtschaftperiode wird noch immer ein auffälliges Mißverhältnis zwischen den nur langsam wieder anwachsenden Staatseinnahmen und den rasch und fast ansehnlichen Staatsausgaben bestehen. Dazu kommt der niedrige Stand der Reserven, der zu dem unbilligen Zustand geführt hat, daß der außerordentliche Staat nicht in dem Betrag der in früheren Budgetperioden bereits erwirtschafteten Überschüssen einschließlich der Zinsen der Amortisationskasse seine Deckung und Bedienung findet, sondern auf die in der laufenden Budgetperiode erst zu erhaltenden Überschüsse und soweit sie nicht ausreichen, auf die Vermögensbestände der Amortisationskasse verweisen werden muß.

Die Beibehaltung der durch das Gesetz vom 20. Juni 1904 erfolgten Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer erscheint auch in der kommenden Budgetperiode dringend geboten. Die Umwandlung unserer bisherigen Ertragssteuern in eine Vermögenssteuer wird die Möglichkeit bieten, auch bei nachhafter Herstellung der demaligen Ertragssteuerverhältnisse ein dem steigenden Staatsaufwand entsprechendes höheres Gesamtertragsniveau zu erzielen, als aus den bisherigen Ertragssteuern. Die hierfür für die weitere Ausdehnung der Einnahmewirtschaft wird freilich nur dann zu einer Wiederherstellung des früheren Gleichgewichts unserer Finanzen führen, wenn auch bei der Ausdehnung der bei Aufstellung des Budgets 1904/05 bezogene Weg weiter verfolgt und die Steigerung der Ausgaben des ordentlichen Etats mit dem natürlichen Wachstum der ordentlichen Einnahmen in Einklang gebracht wird, und die Ausdehnung des außerordentlichen Budgets sich innerhalb der Grenzen der durch den Staat zu leistenden Aufwendungen beschränkt. Die Erhaltung des ordentlichen Etats bewegt, die nach Aufhebung der Steuern mit den von der Amortisationskasse erwirtschafteten Zinsen die einzigen Deckungsmittel für außerordentliche Bedürfnisse bieten.

Die Verminderung unserer Landesfinanzen wird in den nächsten Jahren sehr wesentlich beeinflusst werden durch die Gefällung der Reichsfinanzen.

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 einsetzende Störung in der Industrie, im Handel und Verkehr machte sich in ihren Wirkungen auf die hauptsächlich auf indirekter Besteuerung beruhenden Finanzen des Reichs viel unermesslicher und einschneidender geltend, als in den im wesentlichen auf die direkte Besteuerung beruhenden Finanzen der Einzelstaaten. Die Deckung der Ausgaben und der unangelegentlich steigenden Reichsausgaben hätten notwendig zu einer starken Anspannung der Reichsfinanzen führen müssen, wenn nicht die Rücksicht auf die gedrückte Finanzlage der weichen Bundesstaaten die leitenden Organe des Reichs bestimmt hätte, zur Deckung des steigenden Finanzbedarfes andere Auskunftswege zu suchen. Man fand sie teils in einer kühneren Inanspruchnahme des Reichscredits. Das ungewöhnliche Mittel der Zuschüsse wurde erstmals im Etat 1902 vorgeschlagen, indem eine Zuschußsumme von 35 Millionen Mark vorgeschlagen war. Wenn es schließlich noch möglich war, diesen an sich unerwünschten Weg der Deckung durch anderweitige Finanzierung zu vermeiden, so haben die veränderten Verhältnisse für den Etat für 1903 keinen anderen Rat gegeben. Es wurde infolgedessen in den außerordentlichen Etat für 1903 eine Zuschußsumme in dem hohen Betrag von 72,1 Millionen Mark eingestellt. Die steigende Finanznot des Jahres 1904 legte die abermalige Anwendung dieses vom Standpunkt einer gesunden Finanzpolitik durchaus verwerflichen Mittels nahe, der Reichstag aber lehnte es ab, zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt wiederholt auf ein Mittel von so fragwürdiger Zulässigkeit zurückzugreifen. Durch weitere Schritte an den schon mit größter Zurückhaltung aufgestellten Budgetetat und durch Erhöhung der Voranschläge der eigenen Einnahmen des Reichs gelang es, die Zuschußsumme auf den unbedeutenden Betrag von 5 Millionen Mark herabzumindern. Soweit durch diese Maßnahmen der Reichshaushalt nicht bilanziert werden konnte, wurde der noch ungedeckte Reichsbedarf auf Reichsbeiträge verweisen, die infolgedessen auf rund 40,5 Millionen Mark liegen. In der gleichen Richtung bewegte sich die Reichsfinanzpolitik im laufenden Jahr. Der Reichsbedarf betrug die Bundesstaaten mit Reichsbeiträgen in der ungewöhnlichen Höhe von 77,2 Mill. Mark. Man muß auf die Zeit von 1872 bis 1879 zurückgehen, um ähnlich hohen Anforderungen des Reichs an die Bundesstaaten zu begegnen. Die eigene Finanznot der Bundesstaaten gestattete aber die Einhebung der in den Reichsbeiträgen 1904 und 1905 ausgeschriebenen hohen Reichsbeiträge nicht. Man griff deshalb zu dem Auskunftswege der Stundung dieser Beiträge, soweit sie den Betrag von rund 24 Millionen Mark jährlich überstiegen. Man hat das Rechnungsjahr 1904 mit einem Fehlbetrag von 8,6 Millionen Mark abgeschlossen und die Bundesstaaten werden deshalb im Reichsbedarf für 1906 mit dem Betrag der für 1904 gestundeten Reichsbeiträge belastet werden, die infolge eines im gleichen Jahr festgesetzten Mehrertrags an Lieberweltssteuern von 0,7 Millionen Mark sich von 10,8 auf 10,1 Millionen Mark vermindern. Auch für 1906 sind im Reichshaushalt Überschüsse in der Höhe der gestundeten Reichsbeiträge kaum zu erwarten, so daß die Bundesstaaten auch im Reichsbeitragsjahr 1907 mit der Einforderung eines beträchtlichen Teils der ausstehenden Reichsbeiträge werden zu rechnen haben. Eine Anwendung dieser drohenden Belastung vermögen nur die Reichsfinanzreform zu bringen. Was

Die Auswirkung dieser Verhältnisse auf Baden

anlangt, so ergibt sich, daß unsere finanziellen Beziehungen zum Reich sich seit 1900 infolge einer gewissen Befähigung erfreuen haben, als die effektiven Anforderungen des Reichs an ungedeckte Reichsbeiträge sich im wesentlichen auf der gleichen wachsenden Höhe halten und der Ausgabebetrag, den wir wegen unserer Verschuldungsverhältnisse an das Reich zu bezahlen haben, nur unerschütterlichen Schwankungen unterliegt. Unsere baren Einzahlungen an das Reich belaufen sich in den letzten vier Reichsbeitragsjahren (1900/04) auf rund 2 Millionen Mark jährlich, wovon 1,2 bis 1,3 Millionen Mark auf den Bierausgleichsbeitrag und der

Mehr mit 0,7 bis 0,8 Millionen Mark auf ungedeckte Reichsbeiträge entfiel. Wenn auch unsere Verpflichtungen gegenüber dem Reich in den Jahren 1895/98 ungefähr um die Hälfte niedriger waren, so kann man die nach dem Jahre 1900 eingetretene Spannung unserer Finanzlage damit nicht in ursächlichen Zusammenhang bringen. Sie beruht vielmehr ausschließlich auf den von mir bereits gekennzeichneten Ursachen. Wohl aber bildet die mit dem Reichsbeitragsjahr 1904 eingetretene beträchtliche Steigerung der ungedeckten Reichsbeiträge um zwei Drittel, im laufenden Jahr um mehr als das Dreifache des bisherigen Betrags für die Zukunft eine ernste Gefahr für das Gleichgewicht unserer ohnehin geschwächten Landesfinanzen. Angesichts dieser Verhältnisse wird das Verlangen nach endlicher Inanspruchnahme und Durchführung einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen immer dringlicher. Durch das Reichsgesetz vom 14. Mai 1904 sind der Durchführung einer durchgreifenden Finanzreform die Wege geebnet worden.

Es ist dringend zu wünschen, daß der erneute Versuch der verbündeten Regierungen, sich mit dem Reichstag über eine durchgreifende Sanierung der Reichsfinanzen zu verständigen, endlich zum Erfolg geführt sein möge. Welche Gestalt aber auch diese Reform annehmen mag, in jedem Fall wird sie von den Bundesstaaten und nicht zum mindesten von den süddeutschen namhafte finanzielle Opfer erheischen. Am so berechtigter ist aber auch das Verlangen, daß ganze Arbeit gemacht und unter grundsätzlicher Abgrenzung der Steuergebiete zwischen dem Reich und den Bundesstaaten dem ersten neue Einnahmequellen von solcher Größe und Steigerungsfähigkeit eröffnet werden, daß sie für eine Reihe von Jahren zur Deckung seiner wachsenden Aufwands- und insbesondere auch zur Durchführung einer richtigen Anleihen- und Schuldenpolitik ausreichen und ihm auch in Zukunft gestatten, seinen steigenden Finanzbedarf lediglich durch weitere Veranlagung der im überwiegenen Steuerquellen und ohne Inanspruchnahme der Bundesstaaten mit ungedeckten Reichsbeiträgen aufzubringen.

Der Präsident des Finanzministeriums ging sodann auf den Inhalt des

Staatshaushalts für die Jahre 1906/07

näher ein. Der ordentliche Etat schließt ab in den Ausgaben mit jährlich 70 460 848 M., in den Einnahmen mit jährlich 70 923 906 M., was heißt mit einem Ueberschuss von jährlich 463 058 M., und für beide Jahre zusammen von 908 304 M. Dabei man die Gegenpolen des ordentlichen Budgets in zwei Gruppen zusammen, in die eigentlichen Aufwandsersatz auf der einen, in die Einnahmeerlöse, d. h. die Erlöse der eigentlichen Staatseinkünfte liefernden Verwaltungszweige des Finanzreferats auf der anderen Seite, und setzt man überall nur die Nettobeträge ein, so ergibt sich folgendes Bild: Die Aufwandsersatz der fünf Ministerien und der Oberrechnungskammer erfordern für die nächste Budgetperiode einen Jahresbetrag von 45 514 886 M., d. h. 2 570 500 Mark oder 6,1 Prozent mehr. Wenn hiernach die als Übergangsvorgang bezeichnete Aufwandssteigerung von 3 Prozent des Bruttoaufwands diesmal in weit höherem Maße als bei der Budgetaufstellung von zwei Jahren überschritten worden ist, so liegt die Ursache zum größten Teil in der beträchtlichen Mehrbelastung des neuen Budgets mit Reichsbeiträgen für das Reich, zum geringeren Teil in den gesteigerten Bedürfnissen der Bundesverwaltung. Das Steigerungsprogramm würde noch erheblich größer sein, wenn nicht vorgeschlagen wäre, die gestundeten Reichsbeiträge der Jahre 1904 und 1905 mit rund 2,8 Millionen Mark oder jährlich 1,16 Millionen Mark ausnahmsweise auf die Debitoren der Reichsbeitragsrückstellungen zu verweisen; es würde in diesem Falle statt 6,1 Prozent 5,9 Prozent betragen. Wäre man dagegen die Beziehungen zum Reich und die hiermit im Zusammenhang stehende Minderung der Debitoren der Reichsbeitragsrückstellungen ganz außer Rechnung, so verbleibt eine Aufwandssteigerung von 5,1 Prozent, also im Vergleich zu dem Budgetabschluß der zwei Jahren immer noch eine Verschlechterung um (5,1 - 3,5) = 1,6 Prozent. Sie ist in der Hauptsache auf ein Mehr von in der kommenden Budgetperiode anfallender Gehaltszulagen zurückzuführen. Demgegenüber ist in der Zunahme der Einnahmeerlöse gegen früher verhältnismäßig nicht nur keine Steigerung, sondern ein, wenn auch unbedeutender Rückgang zu verzeichnen. Für 1906/07 sind nämlich die Einnahmen mit jährlich 44 900 538 Mark nur um 1 722 059 Mark = 3,96 Prozent höher veranschlagt, während bei der Budgetaufstellung vor zwei Jahren mit einer Einnahmesteigerung gegenüber der vorhergehenden Periode von 4,2 Prozent gerechnet werden konnte. Der Präsident des Finanzministeriums bemerkt übrigens, daß die Reichsbeiträge und Lieberweltssteuern, die mangels anderer Grundlagenten teils auf Schädigung, teils auf den Entbehren des Reichsbedarfs für 1906 beruhen, nach Beilegung des Reichsbedarfs für 1906 der Verzichtigung bedürftig werden. Im Etat des Ministeriums des Reichsjustizwesens und der auswärtigen Angelegenheiten findet eine verhältnismäßig bedeutende Steigerung ihre Erklärung vorwiegend in der namhaften Erhöhung des Unterhaltungsbudgets für etatsmäßige Beamte der Staatsdienststellen, eine Maßnahme, die in Anbetracht der allgemeinen Ungünstigkeit dieser Fonds auch für die übrigen Staatsverwaltungsgebiete in der Reichsbeiträge vorliegt, daß der bisherige Einheitslohn von 7 Mark 50 Pf. für den Kopf von der nächsten Budgetperiode ab auf 8 Mark 50 Pf. erhöht werden soll. Im Etat des Ministeriums des Reichsjustizwesens und Unterrichts sind diesmal die Mehrforderungen auf dem Gebiete des Unterrichtswezens mit 300 000 Mark besonders umfangreich, der welchem Betrag die ebenfalls beträchtlichen Mehrforderungen für das gemeinliche Unterrichtswezen, die infolge organisatorischer Änderungen namentlich im Budget des Ministeriums des Innern erscheinen, noch nicht berücksichtigt sind. Dem Ministerium des Innern überträgt die Aufwandssteigerung mit 678 000 Mark oder 4,4 Prozent ebenfalls die normierte Grenze. Von der Mehrforderung anfallen u. a. auf Förderung der Gewerbe und für das gewerbliche Unterrichtswezen 26 000 Mark = 10 Prozent. Der Aufwandsbeitrag des Finanzministeriums schließt zwar im ganzen gegen früher günstiger ab um 788 000 Mark, jedoch ist dieses Ergebnis nur soviel zurückzuführen, daß die Debitoren der Reichsbeitragsrückstellungen von bisher jährlich 2 Millionen Mark wegen Ausgliederung der beim Staatsministerium angeforderten gestundeten Reichsbeiträge um 1,5 Millionen Mark oder für beide Jahre um 3,5 Mill. Mark gekürzt ist. Ohne diese Maßnahme würde statt des Rückwärtens ein Mehraufwand von 367 000 Mark oder 5,1 Prozent zu verzeichnen sein, der wie in der ablaufenden Budgetperiode so auch diesmal in der Hauptsache in der fortwährenden Steigerung der Ausgaben für Aufgebote und Hinterbliebenenversorgung seine Erklärung findet. Eine Einschränkung dieser auf Weich bezüglichen Ausgaben ist ausgeschlossen.

Von den Einnahmeerlösen bleiben die Erträge der Forst- und Domänenverwaltung gegenüber der letzten Budgetperiode um 77 000 Mark = 1,9 Prozent zurück, während die Salinenverwaltung eine Steigerung um 91 000 Mark = 34,7 Prozent und die Steuerverwaltung eine solche von 1,7 Millionen Mark = 4,4 Prozent aufweist.

Von den Anforderungen des außerordentlichen Etats im Bruttobetrag von 8 847 220 Mark und im Nettobetrag von 7 582 578 Mark entfallen auf das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts 3 035 800 Mark, auf das Ministerium des Innern 3 860 400 Mark, auf das Ministerium der Finanzen 380 078 Mark.

Von den Anforderungen im Bereich des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts entfallen auf die Justiz und Strafvollstreckungsverwaltung (einschließlich der Gefängnisverwaltung) 1 044 000 Mark, auf den Kultus 95 000 Mark, auf das Unterrichtswezen 2 412 000 Mark, darunter die Staatsbeiträge an bedürftige badische Gemeinden für Schulbauarbeiten mit 100 000

Mark. Im außerordentlichen Etat des Ministeriums des Innern sind an größeren Anforderungen enthalten: u. a. die Beiträge an unbesetzte Gemeinden zu Wasser- und Wasserversorgungsanlagen mit 300 000 Mark, für Förderung der Landwirtschaft 448 000 Mark, endlich für die Wasser- und Straßenbauverwaltung 525 000 Mark. Das Finanzministerium fordert im außerordentlichen Etat zunächst zu Gunsten des Domänengrundfonds 627 820 Mark, darunter eine erste Rate von 100 000 Mark für Inhabung von verschiedenen Nebengebäuden des Reichsbesitzes im Ansehung an die ihrer Vollendung entgegenstehenden Restaurationsarbeiten. In Kosten der allgemeinen Staatsverwaltung werden 588 300 Mark angefordert, wovon der größte Teil auf die Beschaffung von Dienst- und Wohngebäuden im Bereich der Steuer- und Zollverwaltung entfällt. Als außerordentliche Einnahme ist der Erlös an Anleihenrückkäufen vom Reich mit 109 622 Mark zu erwähnen, deren letzte Rate im Jahre 1907 geleistet werden wird.

Im Gegensatz zum allgemeinen Staatshaushalt bietet die gegenwärtige Lage der Reichsbeitragsverwaltung

ein etwas freundlicheres Bild. Die im Jahr 1903 sich ankündigende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Verbindung mit einer entschiedenen Zurückhaltung in den Reichsausgaben hatte alsbald eine namhafte Steigerung des Reinertrags des Eisenbahnbetriebs zur Folge. Der in den Jahren 1901 und 1902 auf je 13,6 Mill. Mark veranschlagte Reinertrag hob sich 1903 auf 22,3 Millionen Mark. Im Jahre 1904 machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Das Reinertrags des Eisenbahnbetriebs mit 26,5 Millionen Mark, an dem die Reinerträge mit einem Mehr von 4,5 Millionen Mark beteiligt war, während die Betriebsausgaben nur eine unbedeutende Steigerung von 300 000 Mark erlitten, ist das günstigste, was seit Brechen unserer Eisenbahnen erzielt wurde. Der Betriebkoeffizient, der 1902 die ungewöhnliche Höhe von 91,20 Prozent erreicht hatte und schon 1903 auf 71,41 Prozent gesunken war, ging auf 88,07 Prozent zurück. Die Besserung über den erfreulichen Aufschwung der finanziellen Ergebnisse unserer Eisenbahnbetriebs wird aber durch die Wasserrechnung fast getrübt, daß infolge des raschen und starken Anwachsendes der Eisenbahnschuld den Reinertrag des Reinertrags weit überholt wird von der Zunahme der aus der Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld erwachsenden Verpflichtungen, deren Druck sich im nächsten Jahresacht in steigendem Maße fühlbar machen wird. Während sich die Reinerträge des Eisenbahnbetriebs 1904 um 2,8 Millionen Mark über stellte als 1899, sind die Zinsen und Tilgungsraten für die Eisenbahnschuld in der gleichen Periode um 5,4 Millionen Mark, also um nahezu das Doppelte gestiegen, und da von 1906 an auch mit der Tilgung der seit 1896 aufgenommenen Anleihen — die zum Schluß des Jahres 1904 163,5 Millionen Mark — begonnen wird, so bedarf es einer sehr wesentlichen Zunahme der Reinerträge, wenn sie mit dem Anwachsen der Zinsen und Tilgungsraten gleichen Schritt halten sollen. Der Voranschlag der Eisenbahnbetriebsverwaltung für 1906/07 stellt sich jährlich für die Einnahme auf 81 988 200 Mark, für die Ausgaben auf 83 801 200 Mark, so daß sich ein Ueberschuss ergibt von 18 097 000 Mark gegen 18 503 000 Mark in der Budgetperiode 1904/05. Hiernach tritt der Anteil der Staatsbahn an den Reinerträgen der Rhein-Rodarbahn mit jährlich 974 400 Mark, zusammen 19 071 400 Mark. Unter Berücksichtigung des Fehlbetrags der Bodenbeschaffungskasse von 60 240 Mark ergibt sich ein Nettoertrag der Eisenbahnbetriebsverwaltung von 19 000 000 Mark. Da der Jahresbedarf der Eisenbahnschuldendienstleistungen an Verwaltungskosten, Zinsen und Tilgungsraten auf durchschnittlich jährlich 20 183 186 M. veranschlagt ist, bleiben die Ablieferungen der Eisenbahnbetriebsverwaltung hinter diesem Betrag zurück um 6 178 000 Mark. Wenn auch der Fortbauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Konjunktur auf einen pessimistisch glühenden Rechnungsbuch, der die Eisenbahnschuldendienstleistungen in den Stand setzen wird, ihre Verpflichtungen, wie in den Jahren 1903 und 1904, ohne Inanspruchnahme der außerordentlichen Debitoren zu erfüllen, gehofft werden darf, so erscheint dennoch ein grundsätzliches Festhalten an der bisherigen Debitationspolitik geboten. Denn man kann trotz der günstigen Rechnungsbücher der Eisenbahnbetriebsverwaltung in den letzten Jahren ihre finanzielle Lage keineswegs für eine dauernd gesicherte halten. Die Steigerung des Eisenbahnertrags beruht zum Teil auf einer Zurückhaltung in den Reichsausgaben. In den nächsten Jahren haben umfassende Stellenvermehrungen bevor. Dazu kommt der Umstand, daß der Anleihenmarkt immer größere Mittel in Anspruch nimmt. Der dieser Sachlage wird sich auch in Zukunft die 1901 und 1902 wieder beobachtete Erscheinung wiederholen, daß jeder erhebliche Rückgang im Eisenbahnertrag ein namhaftes Sinken des Reinertrags des Eisenbahnbetriebs und in reinem Folge eine erneute Ungünstigkeit der Debitoren der Eisenbahnschuldendienstleistungen herbeiführt.

Das außerordentliche Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung, das sogenannte

Eisenbahnbaubudget,

beansprucht für die beiden Jahre 1906 und 1907 eine Summe von 90 632 000 Mark (Reinvermögen). Darunter sind u. a. enthalten: für den Ankauf der Dillingen-Bahner Bahn 250 000 Mark, für den Bau zweier Brücken auf den Strecken Cob-Baden, Gengenbach-Hausach, Annemdingen-Singen und Rodarz-Ortenberg, Offenbach-Dillingen, Bad. Kappel, Bönning und Badolzell weitere über 2 1/2 Millionen Mark mit zusammen 11 Millionen Mark, für Herstellung von Stellwerksanlagen 2 Millionen Mark, zu den rund 30,7 Millionen Mark bezüglichen neuen Anforderungen kommen an aufrechtzuerhaltenden Krediten früherer Budgetperioden rund 50 Millionen Mark, so daß sich ein Eisenbahnbaubudget in der Gesamthöhe von rund 70 Millionen Mark ergibt. Es ist übrigens zu bemerken, daß es innerhalb der nächsten zwei Jahre in vollem Umfang zum Vollzug kommen wird. In einer neuen Anleiheaufnahme in der kommenden Budgetperiode wird in dem Finanzgesetz Ermächtigung nachgesucht.

Der Stand des Domänengrundfonds

beläuft sich auf Ende 1904 auf 4,9 Millionen Mark gegenüber 6 Millionen Mark nach dem Stand auf Ende 1902. Die Eingehung ist hiernach in den Jahren 1903 und 1904 um weitere 1,5 Millionen Mark vorgeschritten, und zwar im wesentlichen infolge der erheblichen Ausgaben für die nunmehr zu Ende gehenden Schloßrestaurierungen. In dem neuesten Budget konnten die Anforderungen an diesen Domänengrundfonds eine wesentliche Verminderung erfahren; sie sind von 2,7 Millionen Mark im letzten Budget auf 0,8 Millionen Mark zurückgegangen.

Der neueste Voranschlag der

Amortisationskasse

steigt zwar eine kleine Verbesserung, gleichwohl wird es sich empfehlen, als Inanspruchnahme an den allgemeinen Staatshaushalt die bisherige Summe von jährlich 700 000 Mark unverändert beizubehalten.

Rückums des Finanzministers.

Am Schluß seiner Vorträge an die Spitze der Präsidenten des Finanzministeriums, es sei gelungen, den Staatshaushalt für 1906/07 im ordentlichen Etat mit einem kleinen Einnahmehüberschuss abzuschließen, dem die Mittel zur Deckung der durch die Volkswirtschaftsbesonderheiten und im Budget nicht berücksichtigten Kosten für die nächsten zwei Jahre einnehmen werden können. Dieses Ergebnis war aber nur durch Anwendung einer außerordentlichen Maßnahme zu erreichen, nämlich durch die Beibehaltung der Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer um 20 pCt. auch für die kommende Budgetperiode und durch

Am tritt der geistliche Herr und fast fremdlich in väterlichem Tone: „Mein Sohn, bist Du auch heilig?“ — „Ja wohl, Herr Suppenkuch.“ — „Ruh, was bist Du ein Heilig?“ — „Das ist ein Heilig.“ — „Dann bist Du wohl der und noch dem Heilig?“ — „Nein, Herr Suppenkuch.“ — „Wo bist Du nur der Heilig?“ — „Nein.“ — „Doch, dann bist Du dem!“ — „Was ist das Heilig?“

Bereitstellung des größeren Teils der Dotation der Eisenbahnschul-
 beihilfungsstelle zur Deckung der vom Reich gestandenen Matrifu-
 larbeiträge aus den Jahren 1904 und 1905. Die Abschlußsitzung
 des Staatsvoranschlags, wie sie im Entwurf des Finanzgesetzes
 zusammengestellt sind, zeigen deshalb kein befriedigendes Resultat.
 Es muß ein Fehlbetrag von 11,9 Millionen Mark vorläufig auf die
 Vermögensgegenstände der Amortisationsklasse vertrieben werden. Das
 Finanzgesetz der ablaufenden Budgetperiode hatte mit einem Fehlbetrag
 von 12,9 Millionen Mark zu rechnen der vorliegende Entwurf
 des Staatsvoranschlags bewirkt also gegenüber dem Budget
 von 1904/05 nur eine Verbesserung unserer Bilanz von rund 1
 Millionen Mark, die sich bei Annahme der Gesetzentwürfe, betreffend
 Veränderungen des Elementarunterrichtsgesetzes und die Verringerung
 der Volksschullehret, noch erheblich verringern wird. Immer-
 hin darf auch darin ein erfreulicher Fortschritt
 in der Gesundung unserer finanziellen Ver-
 hältnisse erblickt werden, daß es dank dem günstigen
 Reaktionsabfluß des Jahres 1904 möglich war, den unzuläng-
 lichen umlaufenden Betriebsfonds zu vergrößern und ihn dadurch
 wieder auf eine den Bedürfnissen einer geordneten Finanzverwaltung
 entsprechende Höhe zu bringen. Bei dieser Sachlage mühte
 sich bei der Budgetaufstellung für 1906/07 eine vorsichtige Zurück-
 haltung in der Ausgabeberatung beobachtet werden. Leider waren
 die dahingehenden Bestrebungen im ordentlichen Budget nicht von
 Erfolg gekrönt, indem die Steigerung der Ausgaben eine viel
 beträchtlichere war, als im laufenden Budget, und der Zunahme der
 Einnahmen weit voraussteht. Die Ursachen dieser unerfreulichen
 Erscheinung liegen zum Teil in den steigenden Bedürfnissen der
 Landesverwaltung, zum Teil aber auch in der Verschlechterung un-
 serer finanziellen Beziehungen zum Reich. Dagegen betonen sich
 die Fortschritte der außerordentlichen Etats in wesentlichen geringeren
 Beträgen, als in den drei letzten Budgetperioden. Wenn etwa
 größere Zurückhaltung sämtlicher Rekorde in außerordentlichen
 Ausgaben durch die Finanzlage und im Interesse der Aufrechterhaltung
 der Ordnung des Staatshaushaltes geboten war und auch
 gelang wurde, so war es nicht absehbarer möglich, für wichtige
 kulturelle Zwecke Mittel in ausreichendem
 Maße zur Verfügung zu stellen. Was die

zukünftige Gestaltung unserer finanziellen Verhältnisse
 betrifft, so wird sie im wesentlichen von dem Schicksal der Reichs-
 finanzreform und von der Entwicklung des allgemeinen Wirtschafts-
 lebens abhängen. Wenn die letztere zu einer durchgreifenden und
 nachhaltigen Stärkung der Reichsfinanzen und zu einer Verringerung
 des Verhältnisses zu den Bundesstaaten führt, so werden die stören-
 den Einwirkungen von selbst wegsallen. Dann erst wird der Ein-
 fluß einer weiteren günstigen Entwicklung der allgemeinen Wirt-
 schaftslage unbehindert zur Geltung kommen und unseren Staats-
 haushalt von dem noch immer auf ihm lastenden Drucke völlig
 befreien können. Damit wäre auch die Möglichkeit näher gerückt, eine
 große Aufgabe der staatlichen Ausgabenpolitik auf dem
 Gebiete des Beamtengehaltswesens ihrer Erledigung
 zuzuführen.

Budget für 1906/07

Wichtigste folgende außerordentliche Ausgaben für 1906/07
 besonders für Mannheim und Heidelberg von Interesse sein.
 Es werden angefordert für: Erweiterung des Amtsgefängnisses
 in Heidelberg M. 180 000; Neubau eines Landgefäng-
 nisses in Mannheim 3. Rate M. 800 000; Universitäts-
 Heidelberg M. 648 000; Einriehrung des Schulhofs beim
 Gymnasium in Mannheim M. 5000; Weiterführung
 der preussischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg M.
 40 000; Innere Einrichtung weiterer Kurse am Borsemnar
 in Heidelberg M. 10 000; Erstellung von Dienstwohngebäuden
 für die Schutzmannschaft in Mannheim 4. Rate
 M. 40 000; Errichtung einer Heil- und Pflanzanstalt bei Wies-
 loch 3. Teilforderung M. 1 100 000; Verbreiterung der neuen
 Redaktride in Heidelberg, letzte Teilforderung M. 234 000;
 Pflasterung der Landstraße Nr. 170 in Weinheim M. 14 000;
 Anschaffung eines neuen Strombereiungsbotes M. 39 000;
 Untersuchung der Rheinstromverhältnisse M. 20 000; Ankauf
 von Kunstgegenständen für die großherzogl. Kunsthalle aus An-
 laß der internationalen Kunstausstellung in
 Mannheim i. J. 1907 M. 20 000; Anschluß der Abort-
 gruben einiger Zollgebäude in Mannheim an die
 städtische Kanalisation M. 12 730; Errichtung einer Wahr-
 schau an der Mündung des Mühlbachs in Man-
 heim M. 4400.

Im ordentlichen Etat für das Ministerium der Justiz sind
 vorgesehen: 3 neue Professorenstellen für das Reformrea-
 gymnasium in Mannheim und 1 neue Professoren-
 stelle am Realgymnasium in Mannheim, weiter an
 der Reformschule in Mannheim 1 etatsmäßige Stelle für einen
 Reallehrer neu errichtet. Für 1906/07 sind für die Volk-
 schulen in Heidelberg weiter vorgesehen 10, in Man-
 heim 70 Hauptlehrer, im ganzen mithin 66 bez. 374 Haupt-
 lehrer und 3 Hauptlehrerinnen für Mannheim (im ganzen
 mithin 12).

Der ordentliche Etat für Wissenschaft und Kunst weist für
 das Hoftheater Mannheim M. 23 000 auf, für den
 Mannheimer Altertumsverein M. 200.

Im ordentlichen Etat des Ministeriums des Innern sind
 vorgesehen: die Umwandlung der nichtetatmäßigen Stelle des
 Bezirks-Aspiranzarztes in Mannheim in eine
 etatsmäßige, die Reuerrichtung einer neuen Registraturstelle beim
 Bezirksamt Mannheim.

Aus dem ordentlichen Etat des Finanzministeriums ist
 ersichtlich, daß zur Entlastung der Oberbeamten beim Haupt-
 zollamt Mannheim dem Amt ein weiterer Oberbeamter
 zugeteilt werden soll.

Budget der badischen Eisenbahnen.

Das durch die badische Staatsbahnverwaltung betriebene
 Bahnetz hatte Ende 1904 eine Länge von 1872 Km. Im
 Jahre 1905 ist u. a. die Strecke Rheinau-Bühl eröffnet
 worden, für das Jahr 1906 ist die Eröffnung der Güter-
 bahnen Mannheim-Friedrichsfeld-Schwehlin-
 gen zu erwirken, sodas sich das ganze Bahnetz auf 1702
 Km. erstrecken wird. Für Erbauung neuer Bahnen sind M.
 2 198 400 angefordert. Für den Mannheimer Rangier-
 bahnhof werden angefordert als 2. 5. und letzte Teilfor-
 derung M. 1 060 000, für Erweiterung des Mannheimer
 Elektrizitätswerks M. 253 000, für den Neubau
 eines Bahnhofs in Heidelberg als 3. Rate M. 1 000 000, für
 die elektrische Beleuchtung des Bahnhofs Heidelberg M.
 150 000, für die Verlegung des Personenbahnhofs als 4. Rate
 1 M. M., für den Bahnhofsumbau Offenburg M. 1 500 000,
 für den Bahnhofsumbau Donaueschingen M. 414 000 als 4.
 Rate, für den Bahnhofsumbau Dinglingen als 1. Rate M.

500 000, für den Bahnhofsumbau Lahr als 1. Rate M.
 750 000, für den Bahnhofsumbau Basel als 8. Rate 5 M.
 M., für den Bahnhofsumbau Lörrach als 2. Rate 3/4 M. M.,
 für den Bahnhofsumbau Radolfzell als 2. Rate 1/2 M. M.

Deutsch-englische Verständigung.
 (Von unserem Berliner Bureau.)

Ha. Berlin, 18. Dez.

Eine Versammlung von über 2000 Personen, darunter
 namhafte Politiker, Kaufleute, Gelehrte und Künstler, hat, wie
 schon gemeldet wurde, am Sonntag in der Berliner Börse
 Stellung genommen gegen eine weitere Entfremdung Deutsch-
 lands und Englands. Das mag ganz nützlich sein, zu einem
 Zeitpunkt, wo in England ein neues Kabinett die Zügel der
 Regierung übernimmt und sich ansieht, Neuwahlen auszu-
 schreiben. Auch muß man sagen, daß sämtliche Redner in der
 Versammlung sich in den richtigen Grenzen hielten und ihrer
 guten Meinung für England Ausdruck gaben, ohne das deutsche
 Selbstgefühl zu verletzen. Man kann nur wünschen, diese
 Rundgebung möchte jenseits des Kanals richtig gewürdigt
 werden.

Was England und Deutschland anstreben müssen, ist
 einander entgegen zu lernen. Eine wirkliche Freundschaft wird
 zwischen beiden Völkern sobald wohl nicht mehr aufblühen, dazu
 haben sich die Zeiten zu sehr geändert, dazu sind wir zu regsam,
 zu selbständig geworden. Man hat in der Versammlung am
 Sonntag daran erinnert, wie England der ausdauerndste
 Bundesgenosse Friedrichs des Großen gewesen sei. Nun, Fried-
 rich selbst hatte an dieser Bundesgenossenschaft mancherlei aus-
 zusetzen; aber es ist wahr, England hat ihn reichlich unterstützt,
 wenigstens mit Geld, weil er seine Schlachten gegen Bourbonen
 und Habsburger schlug, wie sie in unsern Tagen Japan gegen
 Rußland geschlagen hat. Auch 1815 waren England und
 Preußen Bundesgenossen, weil England die wiedererwachte
 Stokraft der Monarchie Friedrichs des Großen gegen Napoleon
 nur zu gut gebrauchen konnte. Aber je mehr, nach dem end-
 gültigen Sturze des Kaiser, England sich zur Weltmacht ent-
 wickelte, zur einzigen Weltmacht jener Tage, und je lebhafter in
 Deutschland der Drang zur nationalen Einheit rumorte; um so
 schlechter ward das Verhältnis beider Staaten zu einander. Es
 kamen jene Zeiten, wo der hochfahrende Lord Palmerston drohte,
 die deutsche Flotte, wenn sie sich auf dem Meere zeigte, als
 Seeräuberschwärme behandeln zu lassen. In jenen Zeiten hat sich
 der Stolz gegen das glücklichere und so wenig liebenswürdige
 England tief in die Seele des deutschen Volkes eingestrichen.
 Dann begann, unter einem genialen Staatsmannes Führung,
 für uns selbst der Aufstieg. Daß er damit endete, daß wir
 Englands alten Erzfeind Frankreich, dessen koloniale Zukunft
 es harinrückig zerstört hat, nun auch zu Lande niederworfen:
 das konnte man sich jenseits des Kanals noch gefallen lassen.
 Denn hätte 1870 Frankreich abgesetzt, es hätte binnen einem
 Menschenalter wieder einen englisch-französischen Krieg gegeben.
 So war Frankreich endgültig auf eine zweite Stelle zurück-
 gedrückt, und das sicherer als durch alle englischen Siege, von
 Malplaquet bis Trafalgar.

Das englisch-deutsche Verhältnis kam nun, wo wir uns
 nicht mehr in der gedrückten Lage des „armen Völkchens“ zu
 fühlen brauchten, leidlich ins Gleichgewicht. Das dauerte so
 lange, bis sich klar und immer klarer herausstellte, daß wir
 mehr sein wollten, als nur die erste Landmacht Europas, daß
 das deutsche Volk das Zeug in sich spürte, auch eine Weltmacht
 mit überreichen Interessen zu werden. Nicht aus freilebem
 Jugendübermut, sondern weil wir müssen. Wir haben uns von
 der Erkenntnis, daß wir das müssen, ein wenig den Kopf ver-
 wirren lassen. Wir haben Fehler gemacht, der Kaiser sowohl
 wie das Volk. Der Kaiser, indem er aller Welt Dinge ver-
 läubte, die man schmeigend tun soll; wir, das Volk, indem
 wir uns in einen kindischen Ausbruch alten Grolles hinein-
 ließen, als der reiche Völkler im Burenkriege hartnäckig
 Pech hatte. Diese Fehler können und sollen in Zukunft ver-
 mieden werden, an der Sachlage selbst aber ändern sie nicht viel.

Wir sind Englands nächster und unangenehmster Konkurrent
 geworden. Alles wird darauf ankommen, ob England mit uns
 so zu verfahren gedenkt, wie es mit Spanien, mit den Nieder-
 landen, mit Frankreich verfahren ist; oder ob es lernen wird
 uns zu ertragen. Vernt es das nicht, so werden wir eines Tages
 Todfeinde sein. Aber es gibt Gründe genug, schwerwiegende
 Gründe, die England veranlassen könnten und müßten, sich zu
 uns anders zu stellen als zu seinen Handelskonkurrenten im
 17. und 18. Jahrhundert. Prof. Paulsen hat auf diese Gründe
 in der Sonntag-Verammlung verständlich hingewiesen. Des-
 weils fand kein lauchender Dröcker hinter England und seinem
 Konkurrenten. Heute würden im Westen Amerika und im
 Osten die Mongolen mit ihrer neuen Großmacht sich schmeigeln
 die Hände reiben, wenn die beiden ersten Kulturstaaten des
 alten Europa einander bei der Gurgel packten. Wie immer ein
 solcher Kampf ausgehen möchte: er würde die Kräfte Europas
 auf zwei feindliche Lager verteilen, die einander dauernd ge-
 fesselt halten würden; denn mit einem Woffengange wäre ein
 englisch-deutscher Krieg schwerlich entschieden, und gegen den
 Sieger würde sich das übrige Europa zusammenschließen.

Es ist da nicht wirklich vernünftiger, seine Kräfte in
 Frieden zusammen zu halten, so lang es irgend geht? Das ist
 die Erkenntnis, der man haben und drüben nur die besten Fort-
 schritte wünschen kann. Dazu gehört aber, daß die Verluste,
 Deutschland zu kolieren, aufgegeben werden. Ehe eine Macht
 wie das Deutsche Reich sich bauernd auf den Isolierschemel setzen
 läßt, inmitten des bewaffneten Europas, eher schlägt sie los.
 Die Verluste, Preußen systematisch zu kolieren, haben zum
 Tjährigen Kriege geführt, und wie damals die Titanenkraft
 eines genialen Königs den eisernen Ring sprengte, der die
 werdende Großmacht erstickten sollte; so würde auch heute das
 Deutsche Reich den letzten Blutstropfen daransehen müssen, sich
 das Recht aufzumerken in Europa mit Gewalt frei zu halten.
 Wie schon gesagt: ertragen lernen muß man uns, auch wo man
 uns nicht liebt. Und ob der gute Wille dazu vorhanden ist,
 ob man mit den Delesschischen Erdroffnungs-Verfuchen end-
 gültig Schluß machen will, das wird die Konferenz von Na-
 cicas ja weisen; oder von Madrid, wie Spanien sie lieber laufen
 läßt. Auf den Ort kommt wohl soviel nicht an, wie auf
 den Geist, der da vorherrschen wird.

Frankenb. Reich.

Berlin, 18. Dez. (Ein Weisbuch in der
 Marokkofrage.) Die „National-Zeitung“ kündigt daß

deutsche Weisbuch in nachfolgender Art an: Es ist zweifellos,
 daß die Marokkofrage vor und während der Konferenz nicht
 einseitig im Lichte des französischen Weisbuches erscheinen
 kann. Daher wird die Veröffentlichung der Aktenstücke zur
 Klärung mehrerer Punkte sich nicht umgehen lassen.

(Wahlrechtsdemonstrationen in Preu-
 ßen.) Nach den „Hamburger Nachrichten“ soll die sozial-
 demokratische Partei beabsichtigen, demnächst auch in
 Preußen nach Dresdener Rezept zu arbeiten. Angeblich ist für
 die Mitte des nächsten Monats eine große und allgemeine Agi-
 tation zugunsten einer Änderung des preussischen Wahlrechts
 geplant. Am 14. Januar sollen in ganz Preußen Massen-
 aufmärsche desselben Flugblattes verbreitet werden; am 16. Januar
 sollen dann in allen Teilen der Monarchie gleichzeitig
 Protestversammlungen stattfinden. Sollte diese
 Nachricht sich bewahrheiten, so wäre die neue, ernste Mahnung
 des Reichstanzlers zur Überlegung, die er im Reichstage an
 Bebel und Genossen richtete, gerade zur rechten Zeit gekommen.

(Eine von 2000 Personen besuchte Ver-
 sammlung von Brauereiarbeitern) die gestern
 hier stattfand, nahm nach dem Referat des Abgeordneten Sied-
 lum einstimmig folgende Protestresolution an:

„Die vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter einbe-
 rufene Versammlung der in den Brauereien, Malzfabriken und
 Biermiederlagen beschäftigten Personen protestiert auf das ent-
 schiedenste gegen die von der Reichsregierung vorgeschlagene Er-
 höhung der Brauksteuer sowie überhaupt gegen jede höhere Be-
 steuerung des Bieres als eine Maßnahme, die gegen die
 Interessen der Arbeiter der Brau- und Malz-
 industrie und gegen die Existenz von Tausenden
 gerichtet ist.“

(Der Zweck heiligt die Mittel.) Der
 „Vorwärts“ läßt, wie das ja sein Recht ist, zum Abonnement
 auf das Parteiblatt ein. In dieser Einladung findet man
 den Satz:

„Die Massen sind aber nur aus ihrer Verbargnis aufzurütteln
 und zum Kampfe zu entflammen durch die weiteste Ver-
 breitung der Arbeiterpresse, die auch in die finsternsten
 Winkel des Landes und geistiger Stumpfheit das Licht der Auf-
 klärung des Massenbewußtseins und der Siegeszuversicht hinein-
 trägt!“

Wie sieht nun dieses „Licht der Aufklärung“ aus?
 fragt hierzu die „Str. P.“. Nachdem sich der „Vorwärts“
 darüber beklagt hat, daß die neuen Flottenvorlagen und die
 Kolonialausgaben hunderte von Millionen verschlingen werden,
 fügt er hinzu, daß diese Weltpolitik den Panzerplattenfabrikan-
 ten, Schiffbauaktiönen, Reedereien und Millärs- und
 Koloniallieferanten ungezählte Millionen in den Schoß schütte,
 der Arbeiterschaft aber nicht den geringsten Vorteil
 bringt. Ob die Arbeiter wirklich daran glauben, daß es für sie
 ganz gleich ist, ob die Schiffswerften, die großen Fabriken von
 Krupp usw. stillstehen oder doch wenigstens ihren Betrieb be-
 deutend einschränken?

(Dem Abgeordneten Richter) den sein
 Augenleiden und ein harter Rheumatismus immer noch vom
 Parlament fernhalten, widmet die „Nord. Allgem. Ztg.“
 folgende vielbemerkte Worte:

Gerade diese Tage der Staatsdebatten sind besonders dazu an-
 gesehen, das Gefühl der Verantwortlichkeit für die hohen Ehrenämter des
 Verstandes und Charakters, die den Führer der freisinnigen Volks-
 partei auszeichnen, wachzurufen. Auch der Reichstanzler hat in
 seiner ersten Rede zum Etat dem öffentlichen Bedauern des Hauses
 Worte gelehrt, den Abgeordneten Richter, diesen unabwehr-
 baren Staatskranke, nicht an seinem gewohnten Sitzplatze zu
 sehen. Offenlich erlaubt dem an einem Augenleiden und an
 Rheumatismus erkrankten Parlamentarier sein Gesundheitszustand,
 insofern seiner Ansicht demnachst an besonders wichtigen Ab-
 stimmungen im Reichstage teilzunehmen. Daß sich Eugen Richter
 in kritischer Zeit als Politiker von Grundbesitzen erwiesen hat, wird
 ihm auch in denjenigen Parteien nimmer vergessen werden, die ihm
 in Fragen der nationalen Wehrkraft und des Wirtschaftslebens
 mehr als scharfe Gegner gegenüber gestanden sind. Erfreulicherweise
 hat der Führer der freisinnigen Volkspartei die Früchte seiner
 Charakterfestigkeit im Bollwerkstreit sehr schnell genießen dürfen,
 indem die ebenso kurzschichtigen wie grundloslosen Annäherungsver-
 suche der Herren Barth, Raumann, u. Gerlach usw. an die Sozial-
 demokratische ein verdient-näherer Nächstes ereilt hat.

Dresden, 18. Dez. (Von konservativer
 Seite) ist in der Zweiten sächsischen Kammer die Bildung
 einer freien Kommission angeregt worden, die der
 Regierung Vorschläge für eine Reform des Drei-
 klassenwahlrechts machen soll. Man will damit dem
 Vorwurf begegnen, daß die Kammer lediglich nach der Initiative
 der Regierung rufe, nicht aber imstande sei, selbst mit positiven
 Vorschlägen hervorzutreten. Wie verlautet, hat die Regie-
 rung der konservativen und der nationalliberalen Fraktion
 der Zweiten Kammer vertraulich mitgeteilt, daß sie beabsichtige,
 noch in dieser Session neue Vorschläge für eine Wahl-
 rechtsreform zu unterbreiten.

Detmold, 18. Dez. (Noch einmal der
 „Diesseits“-Prozeß.) Die Verfassungsverhandlung im
 sogenannten „Diesseits“-Prozeß wird am 6. Januar l. J. die
 Strafkammer am Landgericht in Detmold beschäftigen.

Ein pfälzischer Weinsäufungsprozeß.

Frankenthal, 19. Dez.

Vor der Strafkammer Frankenthal fand heute vormittag
 9 Uhr der Prozeß gegen den freisinnigen Reichstagsabgeordneten
 Otto Sartorius von Ruffach wegen Vergehen gegen das
 Weingesetz seinen Anfang. Zweifellos hat dieser Prozeß in der
 Reihe der gahleichen Weinsäufungsprozesse der letzten Jahre am
 meisten Staub aufgewirbelt und zwar nicht allein in bezug auf
 die Entstehungsgeschichte des Prozeßes, sondern auch in bezug auf
 die herbeiziehende Stellung des Angeklagten im öffentlichen Leben.
 Auf dem letzten Weinbaukongreß in Reutland beschäftigte man
 sich eingehend mit den in letzter Zeit vorgekommenen Weinsäuf-
 ungen und Sartorius, der Vorsitzende des Kongresses, machte hier-
 bei die sensationelle Mitteilung, daß auch gegen ihn eine Unter-
 suchung wegen Weinsäufung schwebte und z. B. der Staatsanwalt
 in seinen Reden weils. Während des Kongresses beschuldigte er
 den Führer des Bundes der Landwirte in der Pfalz, Abg. Nitz,
 einen seiner politischen Gegner, der Urheber der Untersuchung
 gegen ihn. Wiederholt hat Sartorius gegen die wider ihn er-
 hobene Anklage Stellung genommen und sie als absolut haltlos er-
 klärt.

Seit Verleihen des Landgerichts Frankenthal hat noch kein sol-
 cher Andrang zu den Verhandlungen gekehrt als hier zu der
 heutigen. Der Saal erweist sich als viel zu klein. Den zur Ver-
 fügung stehenden Raum vor den Gerichtstühlen nehmen die Sach-
 verständigen, Verteidiger und Presse zum größten Teil in Anspruch.
 Sämtliche große Zeitungen Süddeutschlands, die Korrespondenz-
 büreau und alle pfälzischen Zeitungen sind vertreten. Schon um

Die dringende Notwendigkeit der Verhandlung sind geladen Dr. Fresenius-Wiesbaden, eine Autorität auf dem Gebiete der Chemie, der bekannte Nahrungsmittel-Dr. Müller-Karlsruhe, Wilhelm Weiger, Wein-Kontrollleur in Kirchheimbolanden, Dr. Krug, Oberkontrollleur in Speyer, Prof. Dr. Mühlhals-Galmar, Emanuel Marx-Bandau, Wilhelm Feil, Professor Rühlbach, Dr. Spentus, Bezirksarzt in Neustadt, Dr. Wenger, Oberarzt in Bandau, Ludwig Jäger-Dieselsfeld, Heinrich Weidling, Weinhändler in Neustadt. Die Verteidigung für den Angeklagten führen die Rechtsanwälte Justizrat Merkle-Frankenthal, Dr. Schaeffer-Bandau und Dr. Galtger-Warmstadt. Der Gerichtshof setzt sich zusammen aus den Landgerichtsräten Kehler, Borchmeyer und den Landgerichtsräten Rantel, Erbelding und Franz als Beisitzer. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Meiß.

Nach erfolgtem Sachverständigen- und Zeugenausspruch gibt der Vorsitzende eine besonders eindringliche Eideckelung. Die Weagen werden entlassen, da der heutige Vormittag und Nachmittag wenigstens noch die Vernehmung des Angeklagten ausfällt.

Nach der Verlesung der Personalien ist der Angeklagte im Jahre 1848 in Darmstadt geboren und in Rühlbach bei Neustadt wohnhaft. Darauf wurde zur Verlesung der Anklageschrift geschritten, die 90 Seiten umfaßt. Der Angeklagte ist beschuldigt, in den Jahren 1890 bis 1905 mittels Anwendung eines verbotenen Verfahrens Wein hergestellt und verkauft und Wein durch Zuckerlösung von über 6 Proz. gezüchtet zu haben. Die Zusage belaufen sich auf teilweise 40 Prozent.

Da der Säuregehalt der Weine Herdurch herabgedrückt wurde, war der Angeklagte gezwungen, denselben wieder durch Zugabe von Weinsäure zu erhöhen. Diefelbe bezog er von Dr. W. S. S. Finger-Neustadt. Ebenso hat der Angeklagte von letzterem große Mengen Sulfatweine bezogen, um den Säuregehalt des Weines zu erhöhen, wie um auch bessere Preise zu erzielen. Durch ein hervorragendes feines System in der Arbeitsteilung und Durchführung soll sich der Angeklagte gegen eine Entdeckung der Fälschung geschützt haben. Ebenso soll er seine sämtlichen Lieferanten angehalten haben, keine Einträge über Lieferungen zur Streckung bestimmter Stoffe in die Bücher zu machen. Als besonders erschwerend wird dem Angeklagten angedeutet, daß er das Höchst erzielende, von Kaffeebohnen erhaltene Wasser des Rühlbaches bis 1901 in rohem, von da ab in filtriertem Zustand dem Weine zugefügt habe. Die Verlesung der Anklageschrift nimmt 16 Stunden in Anspruch.

Verteidiger Dr. H. G. v. a. G. Darmstadt lehnt mehrere Sachverständigen und Zeugen wegen Befangenheit ab, ebenso den Weinkommisär W. e. r. Neustadt, dessen Befangenheit ein Waldbauer sei; ferner den Sachverständigen Volaristen Reich von der Weinhandlung Gilmann u. Co.-Neustadt.

Verteidiger Justizrat Merkle begründet noch einmündig den Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen Weiser, dessen Gutachten eine formale Anklageschrift sei. Weiser bediene sich Schuldbekundungen Sartorius aus einer Reihe von Momenten. In dem Gutachten werde weiter nachgewiesen versucht, daß Sartorius selber mit seiner Methode nicht in Uebereinstimmung stand. Alle Momente lassen erkennen, daß die erforderliche Objektivität nicht vorhanden sei.

Staatsanwalt Reich tritt den Ablehnungsanträgen entgegen. Die abgelehnten Herren Abraham und Emanuel Marx-Darmstadt seien anerkannt worden, weil sie eine der größten Motorenfirmen in der Pfalz besäßen. Den weiteren Wendet sich der Staatsanwalt gegen den Antrag des Rechtsanwalts Galtger, den Sachverständigen Weiser wegen Befangenheit abzulehnen u. stellt schließlich den Antrag, sämtliche Ablehnungsanträge abzulehnen. Die beantragten Sachverständigen, befragt, ob sie sich für Befangen erklären, bejahen ein solches entschieden in Abrede.

Für die Ablehnung Weiser macht der Angeklagte ablehnende Gründe geltend und familiärer Art geltend. Weiser ist Beamter der Kreis-Untersuchungsstation. Er assistiert als solcher dem Untersuchungsrichter. Er habe jedoch nur auf Weisung des Staatsanwalts gehandelt. Der Staatsanwalt verteidigt auf einen Artikel des „Tagblattes für Weinbau und Weinhandel“, enthaltend eine Rede von Sartorius im Reichstage, in welcher sich Sartorius in anerkennender Weise über Weiser auspricht. Der Angeklagte erwidert die Anmahnungen Weisers in seiner Stellungnahme im Verein ständlicher Weinproduzenten gegen ihn. Er habe ferner einen unrichtigen Bericht erhalten, auf den sich in verschiedenen Punkten die Anklage stütze, u. o. habe er angegeben, er habe Oberländer Wein als selbstgezeuget verkauft. Er müsse der Anklage in vollem Umfange widersprechen.

Vorsitzender: „Nun wie werden ja vier Tage Zeit haben, die Anklage genau zu prüfen.“

Justizrat Merkle: „Ich bin der Meinung, daß die Rolle des Herrn Weiser als Sachverständiger der Staatsanwaltschaft nicht von der eines Sachverständigen getrennt werden kann. Wie verwerfen ihn wir bestreiten, weil er in seinem Gutachten eine Reihe subjektiver Auffassungen über Dinge hineingeschoben hat, die nicht angehen. Seine Ausführungen werden untersucht von Rechtsanwalt Galtger-Darmstadt.“

Der Staatsanwalt erwidert den Ausführungen der verschiedenen Redner. Das Gericht sieht sich hierzu zur Beratung der Ablehnungsanträge zurück.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 19. Dezember.

* **Ballfälligkeit.** Emissionen 2207 (weniger 8), Untermythenbal 15.00 (mehr 188), Durlach 12.041 (mehr 1287), Springen 1774 (mehr 142), Annelingen 2293 (mehr 208).

* Die Noten der Bank für Süddeutschland (100 M.) sind seit dem 1. Januar außer Kurs gesetzt. Mit dem 31. Dezember 1906 verlieren sie ihre Gültigkeit. Seit dem 1. Januar 1908 werden sie bei der Darmstädter Bank als einfache Schuldscheine eingelöst. Vom 1. Januar 1908 an besteht die Verpflichtung zum Einlösen nicht mehr.

* **Weihnachts-Rekord** am 1. Abfertigungsausschuss. Die Eintrittskarten zu dem Festkonzert am 1. Feiertag werden in den bekannten Vorverkaufsstellen ausgegeben. Am indessen Familien Gelegenheiten zu geben, zusammen Platz zu nehmen, ist Anordnung getroffen, daß ein Teil der Plätze reserviert bleibt; diese Plätze sind nummeriert und ausschließlich in der Hofmusikalienhandlung R. F. Döckel hier zum Hofpreis von 50 Pf. zu haben. Der Vorverkauf beginnt in allen Stellen morgen.

* **Eisbahn.** Infolge eingetretener Frostes ist die Eisbahn auf den Tennishofen bereits eröffnet. Wie im verfloffenen Jahre, so haben sich auch dieses Jahr Tennis-Klub und Parkgesellschaft vereinigt, indem die Mitglieder des Tennis-Klubs, die sich an der Tennis-Halle und die Abonnenten des Freizeidistrikts, die sich an der Parkhalle abmühen, auf beiden Bahnen zu fahren berechtigt sind.

* **Wegen die Schneefälle**, die in den letzten Monaten wie Nige nach einem warmen Regen aus der Erde gewachsen sind, scheint man nun in Baden seltener davor zu wachen. Das Justizministerium hat durch eine Anweisung die Staatsanwaltschaften beauftragt, den Schneefälle zu untersuchen und zu untersuchen, und über die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht gemacht werden, Bericht zu erstatten. Wenn man die Schneefälle und die verschiedenen Stellen dieser weiß in Baden und Odenburg, zum Teil auch im Kuslande domizilierten „Weselschützen“ — in den meisten

Fällen sind es nicht weiter als Unternehmen keiner spekulativen Bankgeschäfte — liegt, mit denen besonders das Band ziemlich überflüssig wird, so wird man sich dem Wunsch nicht verschließen können, es möge diesen Herrschaften, die besonders dem Meinen Name das Geld förmlich aus der Tasche locken, etwas schärfer auf die Finger gesehen werden, als dies seither der Fall gewesen.

* **Berein für Selbstbildung.** Am sechsten Abend besprach Herr Dr. Hof. Klein die Gewinnung der Elemente mit besonderer Berücksichtigung der hüttenmännischen Darstellung der Metalle. Alle Verfahren lassen sich auf einige wenige Schemata zurückführen; die Variationen werden durch die Ausführung in der Praxis bedingt. In erster Linie sind es chemische Verfahren, also die chemische Fokkerung einem in freiem Zustande in der Natur auftretenden Elementes aus seinen Gemengen, kommen nur in den seltensten Fällen vor. Für die Gewinnung derjenigen Elemente, die vorwiegend Wasserstoffverbindungen bilden, dienen diese als Ausgangsmaterial, für die Gewinnung der vorwiegend Sauerstoffverbindungen bildenden Elemente die letzteren. In dem ersten Falle handelt es sich um Oxydationsprozesse, in dem letzteren Falle um Reduktionsprozesse. Ueberragend sind die Reduktionsprozesse; auf ihnen beruht zumeist auch die Ausbringung der Metalle aus ihren Erzen. Von den Oxydationsprozessen, die zur Bildung eines freien Elementes führen, ist der in täglichen Leben in die Erscheinung tretende die Entziehung des Kohlenstoffes, wenn flüchtige Verbindungen des Kohlenstoffes mit Wasserstoff, wie sie z. B. im Petroleum enthalten sind, aber auch andere Kohlenstoffverbindungen, bei hohem Luftzutritt verbrennen. Auf ist eine ziemlich reine Form des Kohlenstoffes. Der ideale Prozeß der Metallgewinnung ist unkontrolliert, das Metall aus seinen Verbindungen oder aus seinen Gemengen mit Kohlenstoff, eventuell nach geeigneter Vorbereitung, durch einen Reduktionsprozeß abzuscheiden. Allein das ist praktisch in den wenigsten Fällen möglich. Denn wenn auch nach dem Standpunkte der heutigen Chemie alle Metalle durch Reduktion werden können, so fehlt es doch an Mitteln, diese Eigenschaft überall praktisch zu verwerten. Sonach bleibt für die meisten Fälle nur übrig, die Erze nach gewissen Vorbereitungen auf so hohe Temperaturen zu erhitzen, daß ein schmelzflüssiger Zustand des Metalls eintritt, es sich infolge dessen anreichert und dann abgelaufen werden kann. Bei der hüttenmännischen Gewinnung der Metalle tritt als Reduktionsgas, Kohlenoxyd, als höchst schmelzflüssige Säure auf. Letztere war früher die Quelle großer Unannehmlichkeiten, da sie, in die Luft gelassen, als solche und auch in Form von Schwefelsäure, in die sie endgültig übergeht, schädigend auf die Vegetation wirkt. Die Industrie hat die Frage nach der Beseitigung des Kohlenoxyds und der schwefeligen Säure dahin gelöst, daß sie das Kohlenoxyd, dem ein beträchtlicher Sauerstoff zugesetzt, nach Art des Leuchtgases zum Heizen von Dampfmaschinen und zum Betrieb von Gasmaschinen auszubringen verwendet, und die schwefelige Säure als verdauliches Nebenprodukt aufzufangen. Seitdem die elektrische Kraft in den Dienst der Industrie getreten ist, hat man auch zahlreiche elektrochemische Prozesse der Metallgewinnung kennen gelernt, so daß manche feuerchemische Prozesse durch elektrochemische ersetzt werden konnten. Ein neues metallurgisches Verfahren beruht auf der Ausnützung der Verwertbarkeit des Aluminiums. Durch die Aluminiumchemie, die in bereits früher bekannten Prozessen ihre Analogie hat, ist die fabrikmäßige Herstellung von Metallen, die früher wenig zugänglich waren, gelungen und zwar in solcher Reinheit, daß man über die Eigenschaften dieser Metalle mancherlei neuen Erfahrungen kam. Da die Elemente mitunter mit verschiedenen großen Energiegehalt, d. h. in mehreren allotropen Zuständen auftreten, so wickelt sich bei der Gewinnung der Elemente auch die Frage auf, wie die Elemente aus dem einen in den anderen allotropen Zustand übergeführt werden können. Versuche, den Diamant künstlich aus den anderen Formen darzustellen, sind schon oft. Man war dabei aber meist zu Tragfälligkeiten gekommen, da meist das, was man Diamant nannte, solcher nicht war, sondern z. B. Graphit. Aus geschmolzenem Silber war allerdings Diamant, aber schwarzer, wie er auf der Erde häufiger gefunden wird, erhalten worden. Farblosen Diamant erhielt dagegen erst in der neuesten Zeit beim Ausfraktionieren des Kohlenstoffes aus Metallgemengen unter Druck. Aber die erhaltenen Diamanten sind so minutiös gewesen, daß die technische Darstellung künstlicher Diamanten wohl in unabweisbarer Ferne gerückt ist. Dagegen ist die Frage nach der Darstellung des Graphits aus amorpher Kohle gelöst. Mit Hilfe der Energie der Niagarafälle wurden zu Niagara-fälle schon vor Jahren jährlich 2 Millionen Pfund Graphit aus amorpher Kohle hergestellt.

Aus dem Grossherzogtum.

oo. Bahrg., 18. Dez. Nach Unterschlagung von etwa 2800 M. ging ein Angeklagter einer hiesigen Fabrik flüchtig.

oo. Röhlingen, 18. Dez. Der 12jährige Sohn des Bahnwärters Glosch fiel beim Schleifen auf dem Gise auf den Hintertopf und war dem „Froh. Woten“ zufolge alsbald eine Leiche.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

* **Wühlfanger Postboten.** Die seit dem Postbotenbrande vor vier Jahren säuwende Aufgabe steht endlich vor ihrer Lösung. Die Stadt Stuttgart erklärte sich bereit, wenn der Staat das Opernhaus baus, für die Erbauung eines Schauspielhauses 1.200.000 M. beizutragen. Daraufhin wurde in der Kammerfinanzkommission vorgeschlagen, sofort 4 Millionen für das Opernhaus zu bewilligen. Der Vorschlag fand einstimmige Zustimmung.

* **Der Jude von Konstantinopel.** Eine Tragödie von Wilhelm von Scholz „Der Jude von Konstantinopel“ wurde in Dresden durch das Ensemble des Berliner Lustspielhauses für die Dresdener Literarische Gesellschaft in einer Reihe von ersten Aufführungen gegeben. Die ethisch und gedanklich wertvolle Dichtung wurde in „A. L.“ von dem Publikum mit Interesse aufgenommen. Am Schluß der Vorstellung, die auf der Bühne des königlichen Schauspielhauses stattfand, dankte Dr. Jiskel im Namen des Autors für den gespendeten Beifall.

* **Marie Antoinette,** eine neue zur Zeit der französischen Revolution spielende Oper von Giuseppe Verdi, wird noch in diesem Winter in Paris und St. Petersburg aufgeführt werden.

* **„Reisig“**, ein Drama von Kipertoff, das sich gegen russische Zustände wendet, erzielte bei seiner Aufführung am Deutschen Theater zu Danzow großen Erfolg.

Die Oper „Überubin“ von Massenet, Text von Croisset, erzielte bei der Aufführung an der Brüsseler Oper großen Beifall.

Abbecher Stadttheater. Der Senat in Lübeck fordert für den Neubau des Stadttheaters 1.628.000 M. Für die Erlangung von Entwürfen sind 17.000 M. ausgesetzt.

11 christliche Handschriften sind der königlichen Bibliothek zu Berlin überwiehen worden, die der Oberbibliothekar der Universitätsbibliothek Bonn Dr. Fleeming als Teilnehmer an der Sondergesellschaft nach Aethiopien im Auftrage des Kultusministeriums gesammelt hat.

Geschäftliches.

Christbaumkerzen nicht tropfen, empfiehlt in 1/2 Pfd.-Cartons à 48 Stk. Krupp's Drogerie, D 1, 1. 60 90/7

Photographischer Apparat als Weihnachts-Geschenk. Größte Auswahl, reelle Bedienung, sahm. Unterricht in dem ersten und ältesten Fachgeschäft von 87560

Heinr. Kloos, C 2, 15, nob. d. Deutscher Hof

Telephon 1234.

Wahlsche Politik.

* **Durlach, 19. Dez.** (Bei der gestrigen W. g. g. ausführung) zur 3. Klasse (siehe die sozialdemokratische Liste mit 400—444 Stimmen gegen 205—285 Stimmen, die auf die bürgerliche Liste fielen. Die Wahlbeteiligung betrug kaum 60 Proz.

1zte Nachrichten und Telegramme.

* **Stuttgart, 19. Dez.** Nach dem „Staatsanz.“ beträgt die Einwohnerzahl von Württemberg 2.800.830. Die Zunahme seit 1900 beläuft sich auf 180.830 oder 6 pCt.

* **Berlin, 19. Dez.** Der Kaiser empfing heute vor-mittag General v. Trojka zur Reibung.

* **Hamburg, 19. Dez.** Der Dampfer „Cambroman“ ist heute hier eingetroffen; er nahm sofort die Japaner, die er nach ihrer Heimat bringen soll, an Bord. Die Abreise der Dampfer „Cambroman“ und „Ganconover“ ist auf heute Abend festgelegt.

* **Dresden, 19. Dez.** Die lgl. Polizeidirektion macht durch Straßenanschlag bekannt, daß aufgrund von § 12 des Gesetzes vom 22. Nov. 1880 betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht und von § 860 Absatz 10 des Reichsstrafgesetzbuchs alle öffentliche Auf- und Abzüge und allen Ansammlungen und Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder sonst im freien für das Gebiet der Stadt Dresden verboten werden.

* **Wien, 18. Dez.** (Ungarisches Abgeordnetens. Haus.) Die Minister sind nicht erschienen. Der Präsident verleiht ein königliches Handschreiben, wonach das Abgeordnetenshaus bis zum 1. März vertagt wird. Wponch nimmt darauf das Wort und führt aus, daß das System der Verordnungen verfassungswidrig sei. Eigentlich müßte das Abgeordnetenshaus von dem schiedt informierten König an den besser informierten König appellieren. Er stelle daher den Antrag, die Vertagung zur Kenntnisnahme zu bringen. Nachdem Graf Tisza seine Zustimmung zu dem Antrage ausgesprochen hatte, wurde er einstimmig angenommen.

* **Paris, 19. Dez.** Bei dem gestern abend stattgefundenen Jahresfesten des Republikanischen Komitees der Industrie führte Handelsminister Trouillot den Vork. Mehrere Redner traten für eine zergliederte Verhandlung unter den Handelsstrebenden Industrieellen der verschiedenen Länder ein, um dadurch zum besten des Friedens und der Humanität auch zu einer begründeten politischen Verhandlung zu gelangen. Trouillot wies auf den dank der weisen Politik der Regierung immer mehr wachsenden Wohlstand des Landes hin und brachte Laugel, dessen Wichtigkeit der letzte gute Gang der Politik und der gedeihliche Stand des Handels zu danken sei, eine Guldigung dar.

* **Paris, 19. Dez.** In dem heute im Elysepalast abgehaltenen Ministerrat teilte Rouvier mit, daß die Fortsetzung der macedonischen Finanzkontrolle endgültig angenommen hat. Der Minister brachte ferner zur Kenntnis des Ministerrats, daß der französisch-benigolamische Zwischenfall seine Erledigung gemäß den Wünschen Frankreichs gefunden habe, da Präsident Caza die Note, gegen die die französische Regierung Einspruch erhoben, zurückgezogen habe.

* **Sofia, 18. Dez.** In der heutigen Sitzung der albulgarischen Konferenz wurde im Prinzip die Gründung eines neuen nationalbulgarischen Zentralamtes zur Unter-scheidung des Verwaltungswertes beschlossen. Das Komitee soll aus Vertretern aller politischen Parteien Bulgariens zusammengesetzt sein.

Gestrichler Landung.

* **Darmstadt, 19. Dez.** Der 2. Kommer trat heute mittag 12 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um die Präsidienwahl vorzunehmen. Zum 1. Präsidenten wurde Geh. Reg.-Rat Gass (natl.) wiedergewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Abg. Köhler-Langsdorf, zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. Schmitt-Plaing (Hr.) gewählt.

Dikten der Reichsvereine und Schiffe.

* **München, 19. Dez.** Die bayerische Kammer der Reichsräte nahm unter Ablehnung der weitergehenden Forderungen den Antrag an, die Regierung möge im Bundesrat auf die Gewährung von Dikten für Gewerore und Schiffe hinwirken.

Der Aufstand der Chinesen in Shanghai.

* **Tientsin, 19. Dez.** Die belinger Polizei verhaftete 11 „Reif. Bg.“ deutsche Soldaten im Dienst. (1) Shanghai, 19. Dez. Das deutsche Kriegsschiff „Elger“ ist heute in Shanghai eingetroffen. Shanghai, 18. Dez. (Meuter.) Die Straßen waren heute vormittag mit Wühlgängern gefüllt. Die Läden sind geschlossen. Da man über Veränderungen hart befragt, wurden über-all bewaffnete Wadmännschaften in Bereitschaft gehalten. Das englische Kreuzer „Diadem“ landete heute 500 Mann. Der amerikanische Kreuzer „Callimero“ landete ebenfalls Truppen. Andere Kriegsschiffe werden erwartet.

Die Lage in Rußland.

* **Petersburg, 18. Dez.** (Petersb. Tel.-Ag.) Im Gouvernemeni Suwalki wurde über die Kreise Wladislawowo, Marienwol, Wolkowyski und Kolmar der Kriegszustand verhängt.

* **Petersburg, 19. Dez.** (Petersb. Tel.-Ag.) Ein Tagesbefehl des Militärressorts gibt bekannt, daß ein kaiserlicher Befehl vom 19. ds. eine bessere Verpflegung und eine Gehalts-erhöhung der Mannschaften aller Waffengattungen anordnet. Die Mannschaften sollen ferner warme Decken, Bettmöbel und Seife geliefert erhalten.

* **Petersburg, 19. Dez.** Die gestern in Moskau erschienene Nummer 8 der Nachrichten des Arbeiterdeputiertenrates brachte den Moskauer Wählern an, falls sie nicht das Manifest der extremen Parteien abdrucken, würde ihnen das Erscheinen unmöglich gemacht werden. — Nach einer Drahtmeldung der „Nowoje Wremja“ aus Mitau tritt die Regierungsgewalt in Rußland nicht mehr in Erscheinung. Das flache Land ist in den Händen der Aufständischen. Die Polizei ist vollständig verdrängt. Die auf dem Lande verteilten kleinen Truppenabteilungen sind entweder von den Aufständischen niedergemacht worden oder haben sich in die Städte zurückgezogen, weil sie sich gegen die bewaffneten Banden nicht halten konnten. Alle Truppen sind in Mitau und Wikau zusammengezogen, wo sie vorläufig in der Defensive verharren. In Lutzum wurde eine Kompanie und eine Dragonerschwadron von Aufständischen geschlagen, wobei 30 Mann und ein Oberleutnant fielen. Die Aufständischen haben den Leichen die Augen aus und schnitten ihnen Ohren und Hände ab. In den Straßen hatten die Letzten Drahtbindernisse hergestellt. In der Nacht zündeten sie die Häuser an, in denen die Truppen untergebracht waren, und als die aufgescheuten Mannschaften auf die Straße eilten, getreten sie samt den Pferden in die Drahtbindernisse und wurden aus den Säulern und von den Dächern beschossen.

Vacuum-Reiniger

für
Entstaubungen
guter Wohnungen
unerreicht bestes Verfahren.
Vorteilhafte
Abonnements.

Auskunft sowie Vorführung in
— O 4, 1, bereitwilligst. —

Teppich-Haus 57097 III
F. Hochstetter

Ciolina & Kübler

Breitestr., B 1, 1.

Unser

Weihnachts-Verkauf

bietet die reichhaltigste Auswahl in
uni und gemusterten Damenkleiderstoffen
zu sehr vorteilhaften Preisen. 60142

Satin Covert-Coats, Cachemires u. Kammgarn
110/120 cm breit von Mk. **2.50, 3.50** und **4.75** per Meter.

Cheviots 100/120 cm breit von Mk. **1.—** bis **6.50** per Meter.

Damentueche in erprobten Qualit. 110/140 cmbr., v. Mk. **4.—, 5.—, 5.50, 6.20** bis **10.—.**

Tailor Mades in Kammgarn und Tuch von Mk. **2.—** bis **10.50.**

Besondere Beachtung verdienen ausserdem unsere billigen Weihnachtsserien:
Seidenstoffe, Samte, Blousen, Costumröcke,
halbfertige Roben, Plaids, Abendshawls.

Die denkbar günstigste Gelegenheit zum Einkauf schöner und billiger

Weihnachts-Geschenke bietet der Ausverkauf

meines Lagers in 58514

Gold-, Silber- u. Alfenide-(versilb.) Waren

sowie Operngläser, Brillen u. Zwicker mit

15 bis 20 Prozent Rabatt.

Jean Krieg, Juwelier, O 5, 6.

Billige Preise! 57953

Christbaumlichte, nicht tropfend, 1/2-Pfund-Karton 45 Pfg., Halter Dtzd 25 Pfg.
Steinlichte Motard, Dortmund, nicht ablaufend, per Pfd. 50 Pfg., prima 60 Pfg., extra prima Pfd. 70 Pfg. in Kisten billiger.
Stabspäse, 1/2 Pfd. 18 Pfg.
Parkottwachs, 1 Pfund-Dose 90 Pfg.
Brennsprit, Liter 30 Pfg.
Schwämme, übernommene Konkursmasse mit 20% Rabatt.
Handseife Violet & Co., 10, 20 und 25 Pfennig per Stück.
Palminseife Wolf & Sohn, 5 St. 65 Pfg. Preismedallenseife Wolf & Sohn, 3 Stück 50 Pfennig
Cond. N. 10 Milchmädchen, Büchse 45 Pfg.
Kakao Gasette, 1/2 Pfund 70 Pfg.
Teeschmidt-Tea 3 eigene Mischungen billiger
Kramer-Kognak, Punsch-Essenzen.
Himbeerzypur ohne Nachpressen Pfd. 40 Pfg.
Hausapotheke, Parfümerie-Terrakotta-Nippachen von 1 Mk an bis zu den feinsten.
Faxobodenglanzack in allen Farben, 2-Pfd. Dose Mk. 1.10.

KROPP's Drogerie, D 1, 1, verläng. Kunststrasse.

Christbaum-Ständer

mit Wasserfüllung
erhält den Baum frisch und duftend

Herm. Bazlen

vorn. Alex. Heberer 21992 III
O 2, 2. Paradeplatz.

Messer-Putzmaschinen

für Familien, Restaurants
und Hotels 61104

Nur beste Qualitäten.

Herm. Bazlen

O 2, 2 vorn. Alex. Heberer Paradeplatz
Mitglied des Allg. Rabatt-Spar-Vereins.

Küchenwagen

bestes Fabrikat.
praktisches Geschenk
höchst empfehlenswert. 61105

Herm. Bazlen,

O 2, 2 Alex. Heberer Paradeplatz.
Mitglied d. Allg. Rabatt-Sparvereins.

Bekanntmachung.

Die Verhaftung am 1. Dezember 1905.
Die Zahlungen über den 1. Dezember und über den 2. Dezember 1905, welche zur Berechnung der Beiträge maßgebend sind, die von den Kindern und Jugendlichen zur Deckung der Verhaftungen für die an polit. sündige Anordnung geübten Tiere entrichtet werden müssen, liegen am 16. Dezember 1905 an während 8 Tagen auf dem städtischen Rats (Rathaus, Gangang 3, 2. Stock) für die städtische Ratskammer und für den Stadtrat (Rathaus) auf der Polizeidirektion bereit, zu jeder namhaft gemachten Zeit zu bringen, doch zur öffentlichen Kenntnis mit den Anträgen der städtischen Ratskammer und der Polizeidirektion gegen Verhaftung der Tiere innerhalb der gleichen Frist schriftlich oder mündlich bei uns vorzubringen.
Mannheim, 15. Dezbr. 1905.
Im Auftrag des Stadtrats:
Statistisches Amt:
Dr. G. H. H. 6009/105

Arbeits-Bergebung.

Der Neubau eines Landhaus-gefängnisses in Mannheim ist die Verlegung der Kellergrüfte des Hauptbaus in Sandstein vorzuziehen werden. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserer Bureau, R. Edelstr. 17, von vormittags 9-12 und nachmittags 2-5 Uhr auf. Gebote sind spätestens am 28. Dezember d. J. 36. vorm. 11 Uhr, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bei uns einzulegen. Die Öffnung der Angebote ist bei uns diese Zeit im Beisein eines öffentlichen Notars.
Aufsichtsrath: 4 Wochen
Mannheim, 14. Dezbr. 1905.
Die Bauleitung:
Lucc,
Groß-Neuerstadtmaier.

Versteigerungslokal

O 4, 17 O 4, 17
Montag, Dienstag und Mittwoch
verkaufe eine große Partie
nur bessere
Cigarren
nachmittags von 2 1/2 bis 5 Uhr.
M. Arnold, Auktionator
N 3, 11. Tel. 2285.

F 1, 3 Spiegel-Haus

von
F 1, 3 Peter & Cie. F 1, 3
ältestes Spezialgeschäft
in Bilderrahmen u. Spiegel
Jeder Preislage.

Auf feinere Spiegel wird bis Ende d. Mts. **hoher Rabatt** auf die Verkaufspreise gewährt und sehen wir gütigen Besuch gerne entgegen. 61096

Als Ersatz für Anfeuerholz Buchenholz Pressholz

geschlos, reinlich **1.85** per Centner
und trocken 1 Mk. frei Keller.
Heinrich Glock, Grabenstr. 15, Tel 1155.

Weihnachts-Gedanken eines Kindes

Manchen spricht, ist es denn wahr,
Was annochert wird jed. Jahr?
Gibst's Lichtchen für den Weihnachtsbaum,
Die wirklich niemals träumen?
— Kaum.
Dass ich so etwas glauben kann.
Wer ist denn dieser Wundermann?
Der solche Ware ausgeteilt?
Gibt Mattheu, solch ein Licht gefüllt,
Das spart Verdruß, es schont die Sach,
Und Alle, Alle können lachen.

Die
Weihnachts-Lichte die nicht tropfen
(Marke „Pferd und Löwe“)

Ludwig & Schütthelm

O 4, 3 Hofflieferanten O 4, 3
Allein-Verkauf für Mannheim.
Sonntag, den 17. u. 24. Dezbr. bis abends 7 Uhr geöffnet.

Gebrauchte u. zurückgesetzte Fahrräder

sachgemäß hergerichtet, offeriert billigst
von **M. 40.—** an. 60496
Superbe-Fahrradwerke
P 6, 20 Peter Dussmann P 6, 20.

Hermann Bauer

F 2, 9a

Zu Weihnachten empfehle:

Linoleum

Beläge für ganze Zimmer
Teppiche in allen Größen
Kücher in diversen Breiten

in Jalaid, Moirée, Uni und Druckware

Wachstuch-Artikel

Küchen-Bulleger • Gummi-Bulleger
Wachsbarchente • • • Damastgebilde
Gummi, Damast- u. Sobelin-Cledducken
• • • in allen Größen für jeden Bedarf • •

Leinwand-Luxusartikel

Papierkörbe • Zeitungsmappen
Wäschepuffer • • • Schirmständer

Puppenstube-Capeten in reichster Auswahl
• • • Halbwährte Idnoleum-Bohnermasse • •

Passendes Weihnachtsgeschenk.

Photogr. Vergrößerungen
nach jeder noch so kleinen Photographie — schnell, qualitativ.
Größe 42x50 cm 5.50 Mk., mit Rahmen 8.50 Mk.
Bestellungen werden bei Anruf angeben, woher zuhause.
Künstler geöffnet von morgens 10 bis 7 Uhr abends.
L. Mayer, Photogr. Kunstanstalt,
U 6, 8, parterre.

